

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Postbestellungen werden die üblichen Postgebühren in Rechnung gestellt. Unter Drucklegung stehen für Deutschland, Ostpreußen, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 25.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50

Die zehnjährige Nonpareilzeile aber deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Anzeigenpreis. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt M. 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Anzeigenpreis. Laufende Anzeigen laut Tarif. Wort 1.50 M., einschließlich Anzeigenpreis. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2.75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen das fertige Blatt M. 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rosa Luxemburg gegen den Bolschewismus

II. *)

Die ablehnende Haltung, die Rosa Luxemburg gegenüber der Praxis der Bolschewisten einnimmt, erklärt sich daraus, daß sie — mindestens so lange, wie sie an ihrem kritischen wissenschaftlichen Standpunkt festhielt und sich nicht wie in den Revolutionsmonaten von der Welle der Ereignisse fort-schwemmen ließ — die Probleme der Verwirklichung der so-zialistischen Ziele des Proletariats erfaßt. Für die russischen Bolschewisten ist es charakteristisch, daß sie nur das Machtpolitik, nur das nackte Ringen um die politische Macht sehen und das ökonomische Problem der Revolution für gelöst halten, wenn sie eine Anzahl entsprechender Dekrete herausgegeben haben. Nicht minder charakteristisch für sie ist, daß sie das soziale Fundament der Revolution befestigen zu können glaubten, indem sie in Form der Sowjets eine Herrschaftsorganisation etablierten, die der kleinen Minder-heit des revolutionären Proletariats die Behauptung der Macht sicherte. Aus dieser spezifischen Eigenart der bolsche-wistischen Revolution, in der sich eine verhältnismäßig kleine Partei auf der Welle der Kriegsmüdigkeit der Armee und des Landhüfters der Bauern zur Macht emporgeschwungen hatte, erklärt sich der fanatische Haß der Bolschewisten gegen die Demokratie schlechthin, erklärt sich auch die ungeheure Ueber-schätzung ihrer Rolle in der Revolution, die zu der verhäng-nisvollen Illusion führte, daß die Verwirklichung des So-zialismus gesichert sei, wenn sie, die Bolschewisten, die po-litische Macht in Händen hielten.

Rosa Luxemburg hält sich frei von dieser vereinfachten, vulgären Auffassung der sozialen Revolution. Sie, die durch die Schule der westeuropäischen Arbeiterbewegung und des Marxismus gegangen ist, steht in der Frage der Demokratie und der Selbsttätigkeit der Massen in diametralem Gegensatz zu dem Bolschewismus, der die Demokratie ablehnt, weil er mit ihrer Hilfe nicht zu regieren versteht, und der die Massen nur als willenlose Werkzeuge in den Händen der mit dikta-torischen Befugnissen ausgerüsteten Führer betrachtet. Für sie handelt es sich, wie sie in ihrer Schrift ausdrücklich erklärt, bei den demokratischen Formen des politischen Lebens in jedem Lande tatsächlich „um höchst wertvolle, ja unentbehr-liche Grundlagen der sozialistischen Politik“. Für sie geht es nicht einfach um das Problem der Eroberung der politi-schen Macht, sondern um die Herstellung der notwendigen Voraussetzungen für die Existenz der sozialistischen Demo-kratie.

„Es ist, schreibt sie, die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche De-mokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozia-listischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zu-gleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus.“

In engem Zusammenhang mit dieser Auffassung der De-mokratie steht auch die Haltung Rosa Luxemburgs in der Frage der Diktatur. Nach ihrer Auffassung beginnt die Diktatur des Proletariats mit dem Moment der Mach-erobertung durch die sozialistischen Parteien.

„Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in ener-gischen einschneidenden Eingriffen in die wohlverordneten Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen läßt. Aber diese Diktatur muß das Werk der Klasse und nicht das einer kleinen führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h. sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterliegen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervor-gehen.“

An einer anderen Stelle wendet sie sich leidenschaftlich da-gegen, daß der Sozialismus vom grünen Tische den Massen aufoktroiert wird. Der Sozialismus lasse sich seiner Natur nach weder aufzwingen, noch durch Ukase einführen.

„Nur Erfahrung ist imstande zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmt schäumendes Leben verfaßt auf tau-send neue Formen, Improvisationen, erhält schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehler. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armelig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Aus-schließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt. . . .“

Unbedingt öffentliche Kontrolle notwendig. Sonst bleibt der Austausch der Erfahrungen nur in dem geschlossenen Kreise der Beamten der neuen Regierung, Korruption un-vermeidlich. Die Praxis des Sozialismus erfordert eine ganze geistige Umwälzung in den durch Jahrhunderte der bürger-lichen Klassenherrschaft degradierten Massen. Soziale Instinkte an Stelle egoistischer, Masseninitiative an Stelle der Trägheit,

Die Prüfung der Reparationsfrage

Die gestrige Sitzung

London, 20. Dezember.

„Amtliche Mitteilung.“ Die Konferenz tagte von 12 Uhr mittags bis 1 Uhr. Sie setzte die Prüfung des Standes der Reparationsfrage fort und zog dabei die Verhältnisse in Deutschland und die Hilfsquellen in Betracht, die Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu Gebote stehen. Außerdem erzwang die Konferenz Mittel zur Verbesse-rung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Europas. Die Konferenz wird morgen um 11 Uhr vormittags ihre Beratungen wieder aufnehmen.

Der Standpunkt Frankreichs

Forderung der alliierten Finanzkontrolle

CC. Paris, 20. Dezember.

Der „Temps“ legt heute den Standpunkt Frankreichs dar, wie er sich bei den Londoner Besprechungen durchsetzen möchte. Das Blatt schreibt: Es hieße seine Zeit verlieren, wollte man nun den 132 Milliarden, die Deutschland zu zahlen auferlegt sind, etwas nachlassen; die Lage Deutschlands würde dadurch auch nicht gebessert werden. Niemand sei in der Lage, die Einnahmequellen zu schätzen, die Deutschland in zehn Jahren haben werde, nachdem es die jetzige Krise überwunden haben wird. Kein fran-zösisches Parlament würde es daher wagen, daß man Deutschland einen Schuldennachlaß bewillige, weil die deutsche Regierung es ablehne, zu bezahlen. Wenn Deutschland seine Finanzen nicht auf eine gesunde Grundlage stelle, wäre es für das Reich auch keine Hilfe, wenn man die Jahresraten von 1925 oder 1926 aufheben würde. Nicht die letzte Milliarde seiner Schuld bereite Deutschland Schwierigkeiten, die Ursache sei lediglich die Zahlung der zweiten Milliarde. Deutschland könne diese Milliarde nicht bezahlen, weil es benutzte Güter gebe, die nicht zahlen wollen. Deutschland dürfe entgegenkommen, daß England auf die Zahlung der französischen Schuld verzichte und dafür deutsche Schuldverpflichtungen nehme, sei nicht angingig.

Deutschland muß zahlen. Da man im April dieses Jahres diesen Grundplan aufgestellt habe, dürfe man ihn auch nicht im Dezember fallen lassen, weil man sonst auf den „betrüperischen Bankrott“ Deutschlands eine Prämie ausgeben würde. Notwendig sei es, daß alle Gläubiger Deutschlands Naturalleistungen ent-gegennehmen. Allerdings werde es dabei eine große Schwierig-keit geben, weil die deutschen Leistungen in dieser Hinsicht so geringfügig werden würden, daß man sie für die zerstörten Gebiete allein nicht verwenden könnte. Deshalb sollten diese in ganz Frankreich zu Kostensarbeiten herangezogen werden, wie z. B. zu Kanalarbeiten, elektrischen Anlagen usw.

Idealismus, der über alle Leiden hinwegträgt usw. usw. Niemand weiß das besser, schildert das eindringlicher, wiederholt das hartnäckiger, als Lenin. Nur vergreift er sich völlig in Mittel: Dekret, diktatorische Gewalt der Fabrikarbeiter, drakonische Strafen, Schreckensherrschaft, das sind alles Mittel, die diese Wieder-geburt verhindern. Der einzige Weg zu dieser Wiedergeburt ist die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkte freie Presse, öffentliche Meinung. Gerade die Schreckensherrschaft demokratisiert.“

Wenn man diese Zeilen heute liest, muß man es besonders bedauern, daß das Urteil Rosa Luxemburgs drei Jahre lang dem Proletariat vorenthalten wurde. Was sie hier fest-stellt, ist bereits im Sommer 1918 von dem „Renegaten“ Kautsky in später wiederholt von den Jogenannten „Rechtsunabhängigen“ mit aller Schärfe gesagt worden. Die weitere Entartung der bolschewistischen Herrschaft in Ruß-land hat nicht nur jedes Wort in der Prophezeiung Rosa Luxemburgs bestätigt, sie hat sie noch bei weitem über-troffen. Die sogenannte Diktatur des Proletariats hat sich tatsächlich in eine Diktatur über das Proletariat verwandelt; der Terror, gegen den sich Rosa Luxem-burg mit scharf, ablehnenden Worten wendet, hat zu der unheimlichen Gewalttätigkeit der „Außerordent-lichen Kommissionen“ geführt; die Regierungsmethoden der herrschenden Schicht sind ausgeartet in den schlimmsten Bürokratismus; die Unterdrückung aller demo-kratrischen Freiheiten und die Unterbindung jeder öffentlichen Kontrolle hat eine Willkürherrschaft gezeitigt, die mit ihren notwendigen Begleiterscheinungen: der Korruption, Bestech-lichkeit, Günstlingswirtschaft usw. an die Zeiten des Jari-smus erinnert; endlich hat die Verfolgung aller politisch Andersdenkenden Stillstand und Entartung in das gesamte öffentliche Leben hineingetragen und einen tiefen Keil in die Reihen des Proletariats getrieben. Auch gegen diese Ausartungen der bolschewistischen Diktatur hat Rosa Luxem-burg scharf Stellung genommen, und mit Recht weist Paul Levi in seiner Vorrede darauf hin, daß es für Rosa Luxem-burg eine unmögliche Vorstellung war, die Par-teien als Parteien, als Strömungen, mit Polizeimitteln von der Oberfläche zu verdrängen, ihnen das Licht des Tages zu nehmen: „nicht um der Reformisten willen, sondern um der Revolution und der Revolutionäre selber willen, die nur dann, wenn sie die Fehler frei bekennen, auch innerlich über-winden können.“

Dies alles gehört, als kurze Ergänzung zu den Äußerun-gen Rosa Luxemburgs, in den Kreis dieser Betrachtungen

Dabei bliebe trotzdem die Notwendigkeit einer teilweisen Bezahlung bestehen, und zwar in Geldzahlungen, die von Monat zu Monat ansteigen würden. Diese Geldsummen könnte Deutschland allerdings nur durch eine auswärtige Anleihe auf-bringen. Diese zu erhalten, sei für Deutschland sehr schwierig. Die kleinen Bürger, Beamten und Arbeiter litten unter den gegenwärtigen Verhältnissen sehr, während einzelne bevor-zugte Klassen sich nicht nur durch den Krieg, sondern auch durch die Niederlage bereichert haben und sogar den Bankrott Deutschlands dazu benutzen würden, um sich den Steuer-zahlungen zu entziehen. Aus diesem Grunde, schließt der „Temps“, müsse Deutschland eine energische alliierte Finanzkontrolle auf-erlegt werden, damit die Reichsregierung auch den benutzten Klassen Steuern auferlege und sich diese Bedrohung ihren Ver-pflichtungen nicht entziehen können, weil es sonst in Deutschland zu einer Revolution käme. Nur die Einsetzung einer Finanzkon-trolle könne eine solche verhindern.

Loucheur und Rathenau

CC. London, 20. Dezember.

Loucheur hatte heute morgen eine Zusammenkunft mit Walter Rathenau. Die Besprechung galt den Repara-tionszahlungen. Nach verschiedenen Gerüchten soll Deutsch-land gegenüber der von den Alliierten erhobenen Forderungen, insbesondere der Stillnahme Frankreichs sowie nach den jänge-ren Erklärungen Lloyd Georges, der ausgeführt hatte, daß Deutschland zahlen könne, Anstrengungen machen, um ein Mittel ausfindig zu machen, wie es den Alliierten nach dieser Hinsicht ge-recht werden könnte. Nach der Besprechung mit Walter Rathenau begab sich Loucheur zu Sir Robert Hornes, um ihn über die Be-gegnung zu unterrichten. Gleichzeitig gab er ihm auch die nötigen Aufschlüsse über das Wesen der Abkommen.

Der Londoner „Temps“-Korrespondent telegraphiert, was zum Teil schon bekannt ist, aber immerhin nicht ganz des Interesses entbehrt: daß der französische Ministerpräsident erklärt habe, daß man Deutschland ein Moratorium nur dann gewähren könne, wenn eine Kontrolle der deutschen Finanzen durch die Alliierten eingeführt werde. Die Engländer stimmen angeblich dieser französischen Auffassung zu, weil sie die Ursachen des vorgeschähten deutschen Bankrotts kennen, und sie stellen fest, daß namentlich die Unterstüßungen, die das Reich der Industrie angedeihen lasse, Deutschland am Zahlen verhindern. Man habe auch die deutschen Steuerzahler weniger belastet als die englischen. Der Kursfuß der Mark habe ferner zur Ueberschwemmung des englischen Marktes mit deutschen Waren geführt und zu einer Konkurrenz, gegen die England nicht ankämpfen könne.

hinein; dies alles ist die notwendige Konsequenz jener fehler-haften Politik der Bolschewisten, deren Wurzeln hier auf-gedekt worden sind. Und doch kann man nicht ohne tiefe Erschütterung jene Stelle in der Broschüre lesen, in der Rosa Luxemburg die Zustände schildert, die sich aus der Ab-stümpfung aller sozialistischen Grundzüge, aus der Vernichtung aller demokratischen Institutionen und Freiheiten in Sowjetrußland ergeben müssen:

„Lenin und Trotski — schreibt sie — haben an Stelle der aus-geführten Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungsörper-schaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erstarren. Ohne allgemeine Wahlen, un-gehobene Press- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungs-kampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tägliche Element bleibt. Diesem Geleth entzieht sich niemand. Das öffentliche Leben schließt allmählich ein, einige Duzend Vor-standsmitglieder von unerlöschlicher Energie und grenzenlosem Idealis-mus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Duzend hervorragender Köpfe und eine Elite der Arbeiter-schaft wird von Zeit zu Zeit in Versammlungen aufgeboten, um den Red- der Führer Befehl zu fassen, vorgelagerten Resolu-tionen einstimmig zustimmen, im Grunde also eine Clique in wirtschaft — eine Diktatur allerdings, aber nicht eine Dik-tatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft. Ja, noch weiter: solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geiselnahmen usw.“

Die vernichtende Kritik am bolschewistischen Rußland wäre unvollständig, wenn nicht noch die Tatsache zu verzeichnen wäre, daß Rosa Luxemburg sich schon im Jahre 1918 gegen jene gefährlichen Tendenzen wandte, die Theorie und Praxis der russischen Bolschewisten als vorbildlich für die ge-samte internationale Arbeiterbewegung hinzustellen und aus ihnen Vorschriften und Regeln für den revolutionären Kampf des Proletariats in allen Ländern abzuleiten. Sie würdigt die „entschlossene revolutionäre Haltung“ und die „vorbildliche Tatkraft“ der bolschewistischen Führer, die unter vernebelt schwierigen Verhältnissen dem Sozialismus dienten, mit anerkennenden Worten. Sie erklärt aber weiter:

„Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgenötigte Tatkraft nunmehr theoretisch in allen Ständen fixieren und dem

*) Siehe auch „Freiheit“ Nr. 592.

internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen zu wollen."

Diese Warnung liest sich heute wie eine Voraussage jenes zerstörenden Feldzuges, das die Moskauer Internationale, mit ihrem S i n o w j e w an der Spitze, gegen die europäische Arbeiterbewegung geführt hat. Jeder, der die Mentalität der russischen Bolschewisten kannte, sah diese Entwicklung kommen. Und man muß es nur bedauern, daß Rosa Luxemburg, die aus ihrer intimen Kenntnis der russischen Parteiverhältnisse die Dinge in richtigerem Lichte sah als ihre nächsten Parteifreunde und auch manche Unabhängige, die später zu den Kommunisten übergingen, in den Revolutionsmonaten gar oft die russisch-bolschewistische Schablone akzeptierte und in ihren praktischen Handlungen jenes politische Verantwortungsgefühl, jene Schärfe des Geistes vermissen ließ, die ihre nachgelassene Schrift über die russische Revolution, trotz mancher Mängel und Schiefheiten, zu einem Lehrbuch für das gesamte internationale Proletariat machen.

Die Einigung der Sozialisten

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 20. Dezember.

Zu dem Beschluß der internationalen Tagung der Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien am letzten Sonntag in Frankfurt schreibt unser Parteiblatt, die „Münchener Morgenpost“:

„Er ist ein weiterer Schritt auf dem Wege der internationalen Einigung der Sozialisten. Auf diese Weise werden die Streitpunkte zwischen den einzelnen Parteien möglichst ausgeschaltet und das Gemeinsame der Auffassungen in den Vordergrund gerückt. Es ist dieselbe Methode, wie sie Karl Marx bei der Gründung der ersten Internationale in wahrhaft staatsmännischer Weisheit anwandte. Es kann nicht ausbleiben, daß dieselbe Methode auch auf die nationale Lage der einzelnen Arbeiterparteien Anwendung findet. Wenn sich die einzelnen Arbeiterparteien international zur Erörterung brennender Fragen vorerst auf einer Konferenz zusammensuchen, dann ist nicht einzusehen, warum dasselbe nicht auch im nationalen Rahmen geschehen soll. Ohne die Einigung der Sozialisten in Deutschland ist auf die Dauer auch keine internationale Einigung möglich. Die Frankfurter Tagung wird eine besondere Bedeutung für den Parteitag der Unabhängigen in Leipzig haben. Die U.S.P. wird nicht umhin können, durch einen tatkräftigen Schritt in Deutschland das Zustandekommen der geplanten Konferenz zu erleichtern, indem sie die Notwendigkeit der sozialistischen Einigung in Deutschland in den Vordergrund stellt.“

Der 9. November in Braunschweig

Braunschweig, 20. Dezember.

Die Landesversammlung hat mit 20 Stimmen der Linken gegen 27 Stimmen der Rechten beschlossen, den 9. November als gesetzlichen Feiertag zu erklären und den Bußtag als gesetzlichen Feiertag aufzuheben.

Das sozialistische Mitteldeutschland

Eine „große Gefahr“ für das Reich

Der Schritt der sozialistischen Regierungen von Sachsen, Thüringen und Braunschweig, über den wir in unserer Abendausgabe vom Sonnabend berichteten, erregt im bürgerlichen Lager lebhaftes Aufsehen. Wie erinnerlich ist, erstreben die drei Regierungen die Herbeiführung einer Arbeitergemeinschaft der Regierungen der drei Länder, und zwar vornehmlich zum Zwecke der Herbeiführung einheitlicher Maßnahmen in der Verwaltung auf allen Gebieten der Durchführung der sozialistischen Ideen in gemeinschaftlicher Arbeit.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ nimmt sich der Angelegenheit mit besonderem Eifer an. Er sieht sich gleichfalls bereits in seiner Ausgabe vom Sonnabendabend aus Dresden melden, daß die sozialistischen Regierungen Mitteldeutschlands den außerordentlich boshaften Plan ausgeheckt hätten, Mitteldeutschland durch die erwähnten Bestrebungen in eine feste Burg des Sozialismus umzuwandeln. Damit drohe dem Deutschen Reich eine „schwere Gefahr“, die der Berichterstatter des „Lokalanzeigers“ allerdings nicht näher zu schildern weiß. Nur seien, wie er schreibt, diese Ideen sehr ernst zu nehmen. Seitdem bringt das Blatt fast täglich Meldungen, in denen behauptet wird, daß sich der Bevölkerung Mitteldeutschlands wegen des Planes der drei Regierungen die heftigste Erregung bemächtigt hat.

Wenn nun auch der „Berliner Lokalanzeiger“ nicht ausführlicher zu begründen weiß, worin die Gefahr für das Deutsche Reich bestehen soll, von der er redet, so glauben wir doch zu wissen, woraus die Angstzustände entstehen, die sich angesichts des Schrittes der drei sozialistischen Regierungen bei der Bourgeoisie einstellen. Mehr als einige sozialistische Parlamentsmehrheiten und Regierungen beangigt sie das Eindringen der Vertreter der Arbeiterklasse in das Gebiet der Verwaltung.

Auch das „Berliner Tageblatt“ ging schon am Sonntag auf unseren Artikel ein. Das demokratische Blatt vermag gegen den Plan der mitteldeutschen Regierungen nicht viel zu sagen, bringt es aber auch nicht übers Herz, der durchaus im Sinne der Verfassung liegenden Bestrebung zuzustimmen oder zu schweigen. Es behauptet, auf solche Weise könne dem Einheitsstaate nicht näher gekommen werden, und fügt hinzu:

Dieser Einheitsstaat kann nicht aus Klassenparteien, mögen sie nach rechts oder links gravitieren, sondern nur aus dem Zusammenschluß aller Parteien, die auf demokratisch-republikanischer Grundlage stehen, erwachsen.“

Die allgemeine demokratisch-republikanische Grundlage ist in der Sprache des „Berliner Tageblatts“ die sogenannte große Koalition. Das ist die Schablone, nach der diese Richtung der sogenannten Demokraten allmählich das Bild des ganzen deutschen Reiches zurechtzuschneiden möchten. Aber vielleicht ist die Gelegenheit günstig, um diesen Leuten zu sagen, daß nach unserer Kenntnis der Dinge keine einzige der Arbeiterparteien daran denkt, die große Koalition als die letzte politische Weisheit anzusehen in der Weise, wie es diese Demokraten neuerdings tun. Vor allem fällt es ihnen gar nicht ein, den berühmten „Zusammenschluß aller Parteien, die auf demokratisch-republikanischer Grundlage stehen“, dort ins Auge zu fassen, wo der Zusammenschluß aller Parteien, die auf sozialistischer Grundlage stehen, möglich ist. Dort kann auch nicht die Rede davon sein, daß dieses eine Zusammenfassung von Klassenparteien wäre. Denn diese Parteien repräsentieren die absolute Mehr-

heit der Bevölkerung, was besonders in Mitteldeutschland durch die wiederholte Wahl sozialistischer Mehrheiten bekräftigt worden ist.

Ein ehrlicheres demokratisches Blatt, die „Berliner Volkszeitung“, hat daher auch kaum Bedenken gegen den Plan der drei mitteldeutschen Regierungen. Es findet das Bemerkung, das sich die Konferenz der Minister in Leipzig gestellt hat, zwar etwas reichlich, schreibt aber im übrigen im zustimmenden Sinne. Das Blatt führt aus:

Dennoch ist der Gedanke begründetwert; drängen sich nicht parteiliche und überwiegend agitatorische Momente in den Vordergrund, so könnte eine solche Arbeitsgemeinschaft lehrreich werden für die allmähliche Abtragung der kleinstaatlichen Nebenbaisel und die Vorbereitung des Einheitsstaates. Nachahmung wäre überhaupt empfehlenswert für alle Bundesstaaten, in denen die Linke regiert.“

Die Aufmerksamkeit, die das Bürgertum und seine Presse den Vorgängen zuwendet, zeigt erst deutlich, wie bedeutungsvoll die Absichten der drei sozialistischen Regierungen und der hinter ihnen stehenden Parteien für die Arbeiterklasse ist. Mehr als alles andere fürchtet die bürgerliche Reaktion die ruhige und stetige Aufbauarbeit, die durch die mitteldeutsche Arbeitsgemeinschaft stärker gefördert werden soll. Darum haben sie alles daran gesetzt, um die sozialistische Gemeindemehrheit in Berlin zu zerstören, und darum beunruhigt sie auch die mitteldeutsche Entwicklung. Die sozialistischen Parteien haben darum alle Kräfte anzuspannen, um diese Entwicklung zu fördern und das Proletariat dafür kampfbereit zu halten.

Ein Jahr sozialistische Regierung

Am 9. Dezember bestand die rein sozialistische Regierung in Sachsen ein Jahr. Die „Tägliche Rundschau“ widmet dieser Tatsache einen Leitartikel. In ihm kommt die große Enttäuschung des sächsischen Bürgertums, daß die sozialistische Regierung trotz der knappen Mehrheit im Landtag sich eine feste Position geschaffen hat und sich bei ihrem Wirken für die Arbeiterklasse durch die Angriffe des Bürgertums nicht im geringsten beeinflussen läßt, ungeschminkt zum Ausdruck. Besonders unangenehm aber ist dem Bürgertum der beherrschende Einfluß der Unabhängigen in der Regierung. Der Artikel richtet deshalb seine scharfen Angriffe besonders gegen die unabhängigen Minister. Von Lipinski, dem Minister des Innern, wird mitgeteilt:

„Natürlich hat er sofort eine innere Umformung der Polizeitruppe nach unabhängigen Forderungen und Doktrinen vorgenommen. Um die Polizeitruppe völlig in die Hand zu bekommen, hat man ihr Lehrer gegeben, die mit Ausnahme eines demokratischen Konfessionsbundes in der Hauptsache nur Mehrheitssozialisten und Unabhängige sind, die die Landespolizei als Parteischule betrachten und mit aller Ungeniertheit Klassenhass predigen. Zwischen Offiziere und Mannschaften sind sogenannte Polizeikommissare geschoben, deren Machtbefugnis unumschränkt ist und die die Ausübung der Kommandogewalt durch die Offiziere faktisch unmöglich machen, abgesehen davon, daß die Mannschaften selbst gegen die vorgehenden Offiziere aufgebracht werden. Zu welchen Folgen das führt, zeigt die Meuterei der Landespolizei in Chemnitz, deren Anführer und Teilnehmer bei der Regierung volles Verständnis und Entschuldigung, aber keine Strafe fanden. Daß die Mannschaften in der Hauptsache zuverlässige Parteimänner der Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten geworden sind, soll nicht bestritten werden. Um des Parteivorteils willen ist also nahezu die einzige Stütze der Staatsautorität völlig zertrümmert worden. Es ist selbstverständlich, daß auch die wenigen Offiziere mit Freuden diesen Dienst verlassen, wenn sie irgendwo anders ein Unterkommen finden.“

Noch größer scheint der Haß der Bürgerlichen gegen den Arbeitsminister Jaedel zu sein. Ihm wird folgendes vorgeworfen:

„Hat doch der unabhängige Arbeitsminister Jaedel seine vornehmste Aufgabe darin gesehen, bei allen Verhandlungen und Maßnahmen, die tief in das Wirtschaftsleben Sachsens, des internationalen Industrielandes von ganz Deutschland, eingreifen, sich nicht mit den verantwortlichen Männern der Industrie selbst in Verbindung zu setzen. Ja, er hat es über sich gewonnen, sogar in aller Öffentlichkeit die dargebotene Hand dieser Leute zurückzuweisen. Und dazu wird der Karren noch immer weiter nach links gezerrt, da die Kommunisten immer ungestümer auf Verwirklichung ihrer Forderungen bestehen und die heutigen Regierungsmänner ihnen entgegenkommen, also den Staat selbst mit zerstören helfen müssen, um sich am Ruder zu halten.“

Dieser Tadel des Bürgertums ist in den Augen der Arbeiterklasse ein Lob.

Schwadronneure

Es geschehen Zeichen und Wunder der — Dummheit. Die „Deutsche Tageszeitung“ beschäftigt sich in einem Leitartikel — nicht zum ersten Male — mit der Zukunft der Reichseisenbahnen. Seitdem das Problem in der Öffentlichkeit gestellt worden ist, sei „ein außerordentlicher Wandel in den Anschauungen“ eingetreten. „Zunächst ein heftiges Aufbegehren der davon betroffenen Kreise der Angestellten und Arbeiter, dann aber eine immer stärker hervortretende Nachdenklichkeit, die schließlich in eine Denkschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Vorschlag eines gemischt-wirtschaftlichen Betriebes in Form einer Aktiengesellschaft ausmündete“, schreibt das Blatt. Und nun wendet sich der übrige Teil des Artikels heftig gegen die Idee der Denkschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Das Blatt fürchtet, daß die Aktien dieser gemischt-wirtschaftlichen Gesellschaft in die Hände des „feindlichen“ Auslandes kommen würden.

Aber dann folgt folgendes Drolligkeit:

„Bei den Gewerkschaften sozialdemokratischer Richtung schwadroniert man zwar viel von „internationaler“, aber zu internationalen Denken ist man bisher noch nicht gekommen. Sonst wäre es unverständlich, wie man einen Plan wie den der Umwandlung der deutschen Eisenbahnen in eine Aktiengesellschaft auf gemischt-wirtschaftlicher Grundlage vorschlagen konnte.“

Der Artikelschreiber glaubt allen Ernstes, der Deutsche Gewerkschaftsbund sei die Organisation der freien — oder, wie er es nennt, sozialdemokratischen — Gewerkschaften und sie seien Urheber und Anhänger der gemischt-wirtschaftlichen Eisenbahn-A.G. Er weiß nicht, daß im Deutschen Gewerkschaftsbund neben den christlichen vor allem die Gewerkschaften deutschnationaler Färbung organisiert sind. Kennt man in der Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ vielleicht den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Behrens? Dann mag man sich bei ihm, der im Deutschen Gewerkschaftsbund in leitender Position steht, nach Stellung und Wesen dieser Organisation erkundigen. Der Urheber dieses Blödsinns scheint aber auch die Presse nicht zu verfolgen, denn sonst hätte es ihm bei der

Beobachtung der Haltung der sozialistischen Presse zu dem Vorlage des Deutschen Gewerkschaftsbundes bemerken müssen.

So etwas wagt es, in einem politischen Organ das Wort zu einer wichtigen politischen Frage zu ergreifen? Und die Blätter, die das Ergebnis eines solchen Ahnungslosen unbefehlenen abdrucken, wagen es, bei anderer Gelegenheit von mangelnder Sachkunde sozialistischer Minister oder Beamten zu reden. So sehen in diesem Lager die „führenden Männer“ aus.

Klein-Aktien

Die Firma Krupp will, wie gemeldet wird, ihren neuen Kapitalbedarf zum Teil dadurch decken, daß sie Vorzugsaktien ausgibt, die der Spekulation ferngehalten werden sollen und nur an Werksangehörige abgegeben werden dürfen. Diese Aktien sollen allen Arbeitern, die seit mindestens fünf Jahren im Kruppbetriebe tätig sind, zu 110 Prozent des Nennwertes angeboten werden.

Damit würde der erste ernsthafte Versuch mit der sogenannten Arbeiter-Klein-Aktie in Deutschland gemacht werden. Was dabei herauskommt und in welchem Umfange die Arbeiterklasse die Aktien erwerben wird, bleibt abzuwarten. Das Ganze ist ein Experiment, und man könnte es ein interessantes Experiment nennen, wenn die Arbeiterklasse es sich leisten könnte, mit solchen Dingen Experimente zu machen und Wege zu gehen, die außerordentlich verhängnisvolle Folgen haben können. Die Idee, die der Arbeiterklasse eingeflüßt werden soll, soll allerdings ein wenig schmacht gemacht werden, durch den Umstand, daß die neuen Arbeiter-Aktionäre ihre Anteilscheine jederzeit zum gleichen Kurse, zu dem sie sie erhalten haben, der Firma zurückverkaufen können. Wenn das so zu verstehen ist, daß die Firma sich verpflichtet, die Aktien auch jeden Augenblick zurückzukaufen, dann würde eine festere Bindung an den Betrieb damit allerdings nicht verbunden sein. Alle übrigen Bedenken aber, die gegenüber der Idee der Klein-Aktie von den Gewerkschaften geltend gemacht werden und weswegen sie diese Idee ablehnen, bleiben bestehen. Sie werden auch dadurch nicht gemildert, daß die Arbeiter-Aktionäre ihr Aktienrecht durch den Zusammenschluß zu einem Treuhand-Verein und durch Einsetzung eines Verwalters dieses Treuhand-Vereins in den Aufsichtsrat ausüben sollen.

Wir erwarten jedenfalls, daß die in den Kruppwerken maßgebenden Gewerkschaften zunächst ernsthaft darauf achten, daß durch die Beteiligung einzelner Arbeiter als Aktionäre an den Betrieb das Solidaritätsempfinden unter den Kruppischen Arbeitern nicht leidet. Das ist das mindeste, was zu tun ist, wenn schon das ganze Unternehmen nicht unmöglich zu machen ist. Ferner ist darauf zu sehen, daß das schlechte Beispiel nicht die guten Sitten der übrigen Arbeiter-Schaft verdirbt.

Die Beamtenvorschüsse

Im Reichstagsauschuß für Beamtenangelegenheiten entspann sich vor Eintritt in die Beratung des Beamtenrätegesetzes eine Aussprache über die geplante Gehaltsvorzuschusszahlung an die Beamten der Ortsklassen A und B, soweit diese durch das neue Ortsklassenverzeichnis keine höhere Einstufung als bisher erfahren haben. Wir haben über die Absicht der Regierung, einem Teil der Beamten Vorschüsse zu zahlen, gestern berichtet. Der Auschuß war nun der Meinung, daß die Wahnahme der Vorschusszahlung, die ganz einseitig lediglich den Beamten und Angestellten der Ortsklassen A und B zugute käme, wegen vieler Unvollständigkeit die Billigung des Reichstagsauschusses für Beamtenangelegenheiten nicht finden könne.

Ein agrarischer Steuerhinterzieher

Im Kreisblatt für den Landkreis Görlitz finden wir folgende bezeichnende Bekanntmachung des Finanzamtes Görlitz:

„Der Gutsbesitzer Dowald Schneider in Oberludwigsdorf wird wegen veräußerter Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe von 10 420 M. (in Worten Zehntausendvierhundertzwanzig) Mark bestraft, weil er in der Umsatzsteuererklärung und bei Verantwortung der von zuständiger Seite an ihn gerichteten Fragen vorzüglich 69 450 M. steuerpflichtige Einnahmen verschwiegen und damit den Entschluß, zum eigenen Vorteil Steuerentnahmen des Reiches zu verkürzen, durch Handlungen bestätigt hat, die einen Anfang der Ausführung dieses in Folge der Feststellung des Finanzamtes nicht zur Vollendung gekommenen Vorgehens enthalten.“

Vielteils erst vom Finanzamt Görlitz öffentlich an den Pranger gestellte Gutsbesitzer Schneider ist, wie der „Vorwärts“ feststellt, Führer des Landbundes, Reichstags- und Provinziallandtagsabgeordneter und Mitglied der Landwirtschaftskammer.

Rückkehr aus Avignon

M. I. B. meldet: Die Namen der durch französisches Dekret vom 15. Dezember begnadigten deutschen Kriegsgefangenen in Avignon, deren Rückkehr in die Heimat unmittelbar bevorsteht, lauten: Karl Paulenbach, Hans Gerszta, Konrad Har-nach, Stanislaus Hoffmann, Hugo Kohler, Friedrich Lange, Georg Milde, Gustav Müth, Johann Schmitz, Henry Stanel, Wilhelm Frankemülle, Franz Gerber, Paul Heil, Max Klud, Otto Kraus, Karl Lieb-schwager, Otto Münch, Josef Rahlensberg, Josef Schma, Paul Zmuda.

Die in dem Dekret ferner aufgeführten deutschen Kriegsgefangenen Walter Bidel, Friedrich Junge und Walter Kiehl sind bereits vor kurzem nach Verbüßung ihrer Strafen entlassen worden.

Kleine Nachrichten

Die Option für Danzig oder das Reich. Der bereits am 8. November 1920 mit Danzig abgeschlossene Optionsvertrag konnte erst am 17. Dezember 1921 ratifiziert werden. Da die Optionsfrist gemäß dem Vertrage von Versailles bereits am 10. Januar 1922 abläuft, müssen die Optionsberechtigten ihre Entscheidung für die eine oder andere Staatsangehörigkeit jetzt mit größter Beschleunigung treffen. In den Fällen, wo die Optionserklärung vor einer Behörde außerhalb des Gebietes der freien Stadt Danzig abgegeben wird, bedarf der Optant nach dem Vertrage eines vom Senat in Danzig (Abteilung des Innern) auszustellenden Optionsberechtigungsascheines. Die zur Option entschlossenen Personen werden gut tun, sich wegen der Beschaffung dieser Bescheinigung sofort an den Senat zu wenden.

Ein Opfer der deutschen Hungerhilfe. In Kasan, der Hauptstadt der von der Hungersnot besonders heftig ergrienen Tarentrepublik, ist nach einer Meldung des „Dt. Export“ das Mitglied der Deutschen Roten Kreuz-Expedition Dr. Görtner am Flecktyphus gestorben.

Rein verbilligter Mais für die Spiritusrennerien. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat, wie die „Telegraphen-Aktion“ erzählt, die vom Verwertungsverband deutscher Spiritusfabrikanten angeregte Vollerzeugung von verbilligtem Mais, um die Brennereien in Betrieb zu halten, abgelehnt.

Ansprüche der Hausbesitzer

Das Stadtparlament zur Wohnungsnot

Zu Beginn der gestrigen Stadtverordnetenversammlung hatte die Stadtverordnetenfraktion der U.S.P. einen Erfolg mit ihrem Antrage auf Zahlung einer Beihilfe an die Altpensionäre der Straßenbahn. Der Antrag wurde angenommen. Ebenso erfolgreich war das Eintreten unserer Vertreter für die Junglehrer. Die Rindigungen wurden durch die Stadtverordnetenversammlung zurückgenommen.

Die gestrige Sitzung wurde aber von den Hausbesitzern durch ihre Vertretung, die Wirtschaftspartei, zu einem Vorstoß gegen die Festsetzung der Höchstmietenzuschläge benutzt. Der Stadtverordnete Müller-Franken hielt eine Hausbesitzerrede, in der er als das einzige Mittel zur Behebung der Wohnungsnot die — Erhöhung der Mieten empfahl. Der Mann hat sich natürlich nicht mit der Wirkung der von ihm empfohlenen Maßnahme auf die minderbemittelte Bevölkerung befaßt, sonst hätte er sich sagen müssen, daß das Wohnungselend durch eine Angleichung der Mieten an den Weltmarktpreis bei weiten Kreisen der Arbeiterbevölkerung geradezu katastrophale Verschärfung erfahren müßte. Die gegenwärtige Wohnungsnot würde nicht behoben, sondern vermehrt durch die Zahl derer, die schon jetzt mit der Ausbringung der Miete zu kämpfen haben.

Von unserem Genossen Radtke wurde die Gelegenheit benutzt, um den bürgerlichen Parteien einschließlich der Mitschuldigen aus den Reihen der SPD. sehr nachdrücklich zu sagen, was sie durch die Sabotage in der Anstellung des Direktors für das Wohnungs- und Siedlungswesen der Stadt Berlin für einen Schaden zugefügt haben. Seit Mai wird diese Angelegenheit verschleppt, seit Mai ist in Berlin nichts unternommen worden, um endlich einen großzügigen Bebauungsplan und eine einheitliche Initiative im Wohnungswesen zu schaffen.

Sitzungsbericht

Unter den Eingängen, die der Vorsteher zu Beginn der Sitzung bekanntgab, befanden sich zahlreiche Einsprüche der Mieterorganisationen gegen die Erhöhung der Mietzuschläge. Die Deutschnationalen scheinen sich zu besonderen Spezialfällen für Dringlichkeitsanträge auszubilden; sie beantragten gestern für sofortige Vorlage des Magistrats über die Deckung der letzten Lohnsteigerungen und die Fürsorge für vertriebene Beamte aus den abgetretenen Gebieten. Sogar eine „Dringlichkeitsanfrage“ brachten die Herrschaften ein; die Fraktion, die den Vorsteherstellvertreter Kubian gestellt hat, mußte sich vom Vorsteher lassen, daß es so etwas nach der Geschäftsordnung nicht gibt. Ferner lag ein langer Dringlichkeitsantrag der Kommunisten vor, der Beihilfen für die Erwerbslosen bis zu 1000 M., Erlassen von Gasschulden und Neuwahlen der Erwerbslosen fordert. Der Dringlichkeit wurde von bürgerlicher Seite widersprochen.

Es wurde dann in der Beratung der unerledigt gebliebenen Tagesordnung der letzten Sitzung fortgefahren. Zur Frage der

Rücknahme der Junglehrer

erstattete Stadtd. Kuchensieder (U.S.P.D.) noch einmal den Bericht des Ausschusses. Er vertrat die einmütige Auffassung des Ausschusses, daß die Rückigungen zurückzunehmen seien, mit sozial innerer Anteilnahme, daß der Vorsteher den Unterschied von der sonstigen trocken-bureaucratischen Uebung der Berichterstattung für das Ansehen einer Unschicklichkeit hielt, er wurde aber vom Genossen Kuchensieder darüber belehrt, daß er nur den einmütigen Ausschuhentwurf vertrete, aber das mit aller Entschiedenheit. Es müßte bei dieser Frage vor allem der sehr verbesserte, bedürftige Zustand der Grundschulen beachtet werden; in der gleichen Zeit, da es Grundschulklassen mit einer Frequenz von 55 bis 60 Schülern gibt, verringere man die Lehrkräfte. Es sei möglich, durch Einschränkung der Stundengebühr der Lehrer, die bei Reichweber, Schupo usw. Stunden erteilen, Mittel zu gewinnen. Es sei auch der Ausschuhentwurf zu empfehlen, der die Einrichtung von Kursen zur Ausbildung der Junglehrer als Leiter von Jugendspielen fordert. Im Namen des Ausschusses empfahl er die Zurücknahme der Rückigungen.

Nachdem ein deutschnationaler Redner einen eigenen Antrag, der die Ausschuhentwürfe abschwächt, begründet hatte, sprach Stadtschulrat Paulsen im Namen des Magistrats die Hoffnung aus, daß nach Prüfung aller Vorschläge sich die Möglichkeit zur Verringerung der Rückigungen bieten möge. In seinem Schlusswort bezeichnete Genosse Kuchensieder die Zusagen Paulsens als ungenügend und bekämpfte den deutschnationalen Antrag auf Zahlung eines Abtehrgebeldes.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Ausschuhentwurfes gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei, damit wurde

Die Zurücknahme der Rückigungen beschlossen.

Weiter wurde dem Antrage auf Einrichtung der Jugendpfeilerkurse zugestimmt und beschlossen, daß die Kosten für die Weiterbeschäftigung der Junglehrer von der Landeshaushaltsübernahme werden sollen.

Den nächsten Beratungsgegenstand bildete der Dringlichkeitsantrag Dr. Wehl auf Zahlung einer

Beihilfe für die Altpensionäre der Straßenbahn.

Stadtd. Amberg (U.S.P.) begründete den Antrag und bat im Interesse einer schnellen Hilfe in der namenlosen Not der Altpensionäre um sofortige Annahme. Die Redner leitete alle Parteien erklären ihre Zustimmung, nur der Stadtrat Wlber hat um Zurückweisung, da der Magistrat eine entsprechende Vorlage vorbereitet. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen (!) wurde der Antrag angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag Kuhnke, der den Magistrat ersucht, wegen eines Verbots der Ausfuhr von Zeitungsdruckpapier bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, erfuhr eine begründete Ablehnung durch die Ausführungen des Stadtd. Hah (S.P.D.), dem Stadtd. Reimann (U.S.P.) zustimmte mit dem Hinweis darauf, daß die Tätigkeit der beteiligten Berufsorganisationen der Arbeiterschaft viel mehr Erfolg verbürge, als ein solcher Antrag. Er beantragte Uebergang zur Tagesordnung, die Versammlung beschloß demgemäß.

Die Behandlung des Antrages der Wirtschaftspartei über die Wohnungsnot diente den Hausbesitzern zu einem

Vorstoß gegen den Mieterschutz

und die Höchstmietenzuschläge. Stadtd. Müller-Franken (Wirtschaftspartei) hielt die richtige Hausbesitzerrede. Soweit er das Wohnungselend darstellte und mit sehr beredten Worten die Leiden der Wohnungsuchenden schilderte, fand er die Zustimmung der ganzen Versammlung. Das änderte sich erst, als er die Behauptung aufstellte, das einzige Mittel zur Behebung der Wohnungsnot sei — die Steigerung der Mieten! Der ganze Rest seiner Rede war die Bemühung, nachzuweisen, daß nur die Wahrung der Hausbesitzerinteressen die Wohnungsnot beheben könne.

Erweiternde Momente brachte die folgende Rede des deutschnationalen Redners, der zur Beilegung des Wohnungselends ein neues Mittel empfahl — den Antisemitismus. So richtig einzelne seiner Bemerkungen über die Einrichtung von Vorkursen und andere Raumerschwendung waren, so sind die ökonomischen Wurzeln dieser Kriegsfolgen doch nicht so einfach, wie Herr Kuhnke sich darstellt. In der weiteren Debatte äußerte Stadtd. Fiedler (Dem.) das Bedenken, daß die Behebung der Vorkursigkeit gar nicht aufzubringende Kosten verursachen würde und beantragte Ausschuhberatung.

Bürgermeister Ritter wandte sich gegen die übertriebene Darstellung der Wohnungsnot und der Einwanderung aus dem Osten. Bei den Ziffern über die Zuwanderung nach Berlin müsse auch beachtet werden, daß im Herbst 1918 allein 22.000 Schwerkrriegsbeschädigte nach Berlin zugezogen seien. Stadtd. Wulst (S.P.D.) wandte sich gegen die vielfach verbreitete falsche Auffassung über

Die Reorganisation der Eisenbahn

Gutachten der Sozialisierungskommission

Der dritte Teil des Gutachtens der Sozialisierungskommission über die Lage und Zukunft des Eisenbahnbetriebes beschäftigt sich mit der Reorganisation der Eisenbahn und hat folgenden Wortlaut:

1. Die erste Forderung, die erhoben werden muß, ist eine Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahnverwaltung, die völlige Klarheit über die Gebarung schafft. Es wird sich als praktisch erweisen, in Erfüllung des § 92 der Reichsverfassung die Eisenbahnverwaltung vom allgemeinen Haushalt freizustellen, also nur die Endsumme durch den Etat laien zu lassen, im übrigen aber an Stelle der etatmäßigen eine bilanzmäßige Aufstellung zu machen. Um ein Bild von den wirklichen Betriebsergebnissen zu erhalten, wird es notwendig sein, dem Eisenbahnunternehmen die Kriegslasten abzubürden.

2. Zur Erzielung größter Wirtschaftlichkeit müssen die Erfahrungen und Versuchsergebnisse der Privatwirtschaft in höherem Maße für die Eisenbahn nutzbar gemacht werden. Dem Staatsbahnbetrieb hat es bisher an Kalkulation seiner Leistungen, an wirtschaftlicher Berechnung des Nutzes sowie an dem Vergleich zwischen den einzelnen Leistungen und den Tarifen gefehlt. Dies erfordert auch eine Aenderung der bisherigen formalistischen Buchführung und ihre Ersetzung durch die kaufmännische. Zu erwägen wäre, ob als Uebergang eine gewisse Form, wie sie neuerdings in zahlreichen Kommunalbetrieben angewendet wird, die sogenannte Betriebsbuchführung, zu wählen wäre, um die Schwierigkeiten des Uebergangs zu mildern. Gewiß ist bei den ausgedehnten Verkehrsnetzen die Berechnung der Selbstkosten der einzelnen Leistungen nur teilweise und nur in geringem Umfange möglich. Wohl aber können gewisse Vergleichsziffern gleichartiger Betriebsstellen zum gegenseitigen Ansporn nutzbar gemacht und die gewonnenen Berechnungsergebnisse für die Tarifgebarung, für die Umgestaltung, Aenderung oder Einziehung von Betriebsstellen, für Aenderung der Betriebsweise und der Dienstvorschriften, für bessere Ausnutzung von Personal und Material verwertet werden. Die Wertigkeiten sind nach den Grundfragen der wissenschaftlichen Betriebsorganisation einzurichten.

3. Die Kommission hatte die Frage zu prüfen, ob eine Aenderung der bisherigen Organisation der Verwaltung insbesondere die Ueberführung in Aktiengesellschaftsform die Erzielung größerer Wirtschaftlichkeit erleichtern würde. Die Kommission kam in ihrer überwiegenden Mehrheit zur Verneinung der Frage; denn die Gesellschaftsform allein bietet noch keine Garantie für die Wirtschaftlichkeit eines Betriebes. Auch auf die Organe einer solchen Gesellschaft müßten Regierung und Parlament stärksten Einfluß haben. Das Problem der Wirtschaftlichkeit hängt nicht von der äußeren Form ab, sondern überwiegt von der Gestaltung der inneren Organisation des Betriebes, von der Durchbringung aller Betriebsstellen mit kaufmännischem und technischem Geist. Worauf es ankommt, ist die Zusammenfassung sowohl der leitenden als der mittleren Organe so zu gestalten, daß sie rasche Entscheidungsfähigkeit, große Beweglichkeit und Dispositionsfähigkeit besitzen und über die nötigen technischen, organisatorischen und kaufmännischen Erfahrungen verfügen.

4. Die Kommission beschäftigte sich auch eingehend mit der Frage, ob eine stärkere Unabhängigkeit der Eisenbahnverwaltung von politischen Einflüssen durch eine Aenderung der Organisationsform zu sichern wäre. Es wurde daran gedacht, die Eisenbahnverwaltung dadurch unabhängiger zu gestalten, daß an ihrer Spitze ein Präsident tritt, der ähnlich dem Reichsbankpräsidenten unmittelbar dem Reichskanzler untersteht, von einem Wechsel des Kabinetts aber nicht getroffen werden muß. Die dagegen erhobenen Bedenken wurden vor allem damit begründet, daß die große politische Bedeutung der Verkehrsvermittlung ihre Vertretung durch einen Minister im Kabinett unumgänglich macht. Ein Verkehrsminister neben dem Präsidenten würde aber die Gefahr eines Dualismus in der obersten Leitung herbeiführen. Die große Bedeutung der Persönlichkeit und ihres ungehinderten Wirkens während der Dauer der Reorganisation ist dabei besonders zu betonen.

Die Kommission war auch überwiegend der Ansicht, daß in einer Zeit, die ohnedies mit so vielfachen technischen und finanziellen Erneuerungsarbeiten belastet ist, grundsätzliche Aenderungen der Organisation besser vermieden werden. Was zunächst nottut, ist die Durchbringung der ganzen Verwaltung mit wirtschaftlichem Geist. Nur soweit die bisherige Organisation dem widerspricht, müssen Aenderungen sofort erfolgen.

5. Wenn eine Durchbringung der ganzen Verwaltung mit wirtschaftlichem Geist erfolgen soll, dann kann dies am besten in der Form geschehen, daß die Verwaltung an den leitenden wie an den mittleren Stellen durch Männer ergänzt wird, welche aus der Privatwirtschaft hervorgegangen sind. Gerade eine solche Mischung von Männern, die Verwaltungserfahrung besitzen, und solchen, die im privatwirtschaftlichen Geiste gearbeitet haben, ist am besten geeignet, eine höhere Wirtschaftlichkeit des Betriebs herbeizuführen, ohne daß die großen Vorzüge einer festgesetzten Verwaltung und der ausgleichenden Berücksichtigung der verschiedenen Interessen dabei Schaden leiden. Es würde dann an die Spitze der Verwaltung ein Direktorium treten, dieses würde sich aus dem Reichsverkehrsminister als Vorsitzenden und aus zwei bis drei aus der Eisenbahnverwaltung und ebensovielen aus der Privatwirtschaft hervorgegangenen Mitgliedern zusammensetzen. Eine gleiche Zusammenfassung würde bei den Direktionen und anderen Betriebsstellen zu empfehlen sein. Sollten sich für eine Lösung der Gehaltsfrage bei den aus der Privatwirtschaft hervorgegangenen Persönlichkeiten Schwierigkeiten ergeben, so würde durch die Anstellung auf Privatverträgen mit höheren Bezügen und durch Gewährung von Titeln ein Ausgleich möglich sein.

6. Eine eingehende Erörterung entspann sich über die Frage, welches Aufsichts- oder Kontrollorgan dem Eisenbahndirektorium beizugeben wäre. Vorge schlagen wurde ein

Verwaltungsrat, dem durch das Eisenbahnmanagement ein Aufgabenkreis ähnlich dem des Aufsichtsrats in Aktiengesellschaften zugewiesen werden sollte, vor allem also die stete Ueberwachung der Wirtschaftsgewährung der Reichsbahn. Dieser Verwaltungsrat soll neben Vertretern der Arbeiter und Beamten sowie des Reichstags vornehmlich aus Vertretern des freien Wirtschaftslebens gebildet werden. Ein zweiter Vorschlag ging dahin, einen ständigen Kontrollauschuss aus privatwirtschaftlich geschulten Technikern, Kaufleuten und Sachverständigen einzusetzen, die hauptsächlich die Wirtschaftsführung überwachen, so daß an Stelle der rechnungsmäßigen Etatprüfung ein materielle Ueberwachung treten würde. Jedenfalls wurde empfohlen, dem Generaldirektorium Beziräte für die einzelnen Gebiete, und zwar für das Beschaffungswesen, für das Betriebswesen und für die Tariffragen beizugeben; die Mehrheit der Kommission war der Ansicht, daß diese für bestimmte Zwecke eingesetzten Räte allgemeinen Bezirken vorzuziehen seien. Was das Verhältnis der Verkehrsverwaltung zur Reichsregierung und zum Reichstag betrifft, so würde sich empfehlen, die jetzigen Befugnisse des Gesamtministeriums in bezug auf die Tariffragen dem Eisenbahndirektorium zu übertragen, diesem vom Minister geteilten Direktorium auch die selbständige Einsetzung der Beamten und Arbeiter in die Gehalts- und Lohnstufen des Reichs zu überlassen und ihm damit größere Bewegungsfreiheit in Gehalts- und Lohnfragen zu gewähren. Der Reichsverkehrsminister trägt die parlamentarische Verantwortung gegenüber dem Reichstag und stellt die Verbindung mit dem Gesamtministerium her. Der Reichstag würde den Eisenbahnbudget nur im ganzen annehmen oder ablehnen können. Durch die parlamentarische Verantwortung, die Mitwirkung des Reichsverkehrsministers im Gesamtministerium und die Mitarbeit der Beziräte sind genügende Sicherheiten geschaffen, daß die Eisenbahn auch künftig nicht rein fiskalisch verwaltet wird, sondern die öffentlichen Interessen weiterhin stark berücksichtigt. Andererseits wird die selbständige Abrechnung des Eisenbahnbudgets dazu führen, daß Leistungen der Eisenbahn für andere Zweige der Reichs- oder Staatsverwaltung bei größeren Koständen und Vergleichen nicht von ihr, sondern aus allgemeinen Mitteln getragen werden.

7. Bei Prüfung der Möglichkeiten einer stärkeren Dezentralisation der Verwaltung wurde der Vorschlag erörtert, das Reichsbahnnetz in etwa 5 bis 6 große, selbständig arbeitende Gruppen einzuteilen, da das Gesamtnetz zu groß und unübersichtlich ist. Doch zeigte sich, daß die zentrale Beschaffung der Betriebsmittel für das gesamte System durchaus vorteilhaft ist, da der Reichsbahn die großen Syndikate gegenüber stehen. Auf der andern Seite müßten diese Gruppen in ihren Einnahmen und Ausgaben selbständig gestellt werden; damit würde der entscheidende Vorteil der Vereinheitlichung verlorengehen. Da diese Gruppen zudem verschiedenartige Wirtschaftsgebiete umfassen würden, wären ihre Resultate keineswegs untereinander vergleichbar.

Dagegen erscheint eine stärkere Dezentralisation der Verwaltung durch Verminderung des Instanzenzuges selbst auf die Gefahr hin empfehlenswert, daß untergeordnete Dinge nicht in allen Direktionsbezirken einheitlich gehandhabt werden. Den Direktions- und Betriebsstellen ist größere Bewegungsfreiheit in den Ausgaben mit Rücksicht auf wirtschaftliche Gestaltung und die Anpassung an wechselnde Verhältnisse zu gewähren.

Die Sozialisierungskommission ist danach in ihrer Mehrheit zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Eisenbahn im Besitz und im Betriebe des Reiches verbleiben muß. Bei einer Umgestaltung nach dem gegenwärtigen Vorschlag kann in absehbarer Zeit das Defizit beseitigt und die Reichsbahn in ein sich selbst tragendes Unternehmen verwandelt werden.

Das Gutachten trägt die Unterschriften von Braun, Cohen, Keller, Hartmann, Hilsbrand, Kaufmann, Kautsch, Kuczynski, Ledebur, Lindemann, Luppe, Dejer (als Sachverständiger der Kommission), Rabbe, Umbreit, Weber, Werner, Wisell.

Der beim Reichsverkehrsministerium gebildete sogenannte Organisationsausschuss, der den Auftrag hat, sich bereits jetzt mit der Reorganisation der Eisenbahn zu beschäftigen, hat inzwischen zum ersten Male getagt. Es wird berichtet, daß die Vertreter der christlichen Gewerkschaften an den Beratungen teilgenommen haben, obgleich der christliche Deutsche Gewerkschaftsbund in seiner Denkschrift über das Thema der Reorganisation der Eisenbahn, auf die wir bereits eingegangen sind, sich für die Umwandlung der Eisenbahn in einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb, das heißt also für die verfeindete Auslieferung des Reichseigentums an das Privatkapital, ausgesprochen hat. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften sollen im Organisationsausschuss ausgesprochen haben, daß auch der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Beibehaltung des Staatsbahnsystems für zweckmäßig erachtet. Aber wie dieses platonische Kompliment für das Staatsbahnsystem aufzufassen ist, ist nach der Denkschrift gar nicht zweifelhaft. Wir hätten es für aufrichtiger gehalten, wenn die Herren um Stegerwald ihre Finger aus diesem Spiele gelassen hätten. Vor allem ist ihre Beteiligung an diesen Beratungen nicht in stande, das Ansehen des Organisationsausschusses bei der Arbeiterklasse zu vermehren. Denn die um Stegerwald können nach ihrer Haltung in der Frage der Reorganisation der Eisenbahn nur noch als Horchposten derer um Stinnes angesehen werden.

Wir hoffen im übrigen, daß das Gutachten der Sozialisierungskommission nicht ohne Einfluß auf die Arbeiten des Organisationsausschusses bleiben wird.

Regierungsbildung in Hessen

Die alte Koalition kehrt wieder

In Hessen ist die alte Koalition wieder zu Stande gekommen. In der gestrigen Sitzung des Landtages wurde Staatspräsident Ulrich (Soz.) wiedergewählt mit 38 Stimmen bei 27 Stimmenthaltungen. Zum Minister des Innern wurde der bisherige Justizminister von Brentano (Zentr.) gewählt, der zugleich Stellvertreter des Staatspräsidenten wird, das Justizministerium bleibt vorläufig in besetz. Zum Finanzminister wurde wieder der Abgeordnete Henrich (Dem.) gewählt, zum Wirtschaftsminister Abgeordneter Raab (Soz.). Die bisherigen Landesämter werden unter die Ministerien verteilt werden, diese Verteilung wird von den Ministerien selbst vorgenommen werden. Der Landtag gab darauf seine Zustimmung zu der neu gewählten Regierung.

Die Deutsche Volkspartei und der Hessische Bauernbund erhoben scharfen Einspruch gegen die Regierungsbildung. Aber man scheint auch in Hessen auf dem Wege zur großen Koalition zu sein. Wenigstens wird von verschiedenen Stellen gemeldet, daß das vorläufige und ständige Justizministerium für den eventuellen Eintritt eines Vertreters der Deutschen Volkspartei offengehalten werden soll. Den Hessischen Sozialdemokraten erleichtert ja der Götlicher Beschluß und das Vorbild im Frühling die Zusammenarbeit mit der Stinnespartei.

die Tätigkeit der Wohnungämter, die aus übertriebener Darstellung von Einzelfällen entsteht. Er erhoffe sich sehr viel von einer Zusammenfassung des Wohnungswesens im Zentralwohnungswesen und gab in einigen Zahlen bekannt, was an neuem Wohnraum geschaffen sei.

Stadtvorordneter Radtke (U.S.P.D.): Die verkehrte Wohnungspolitik Berlins offenbart sich in der Tatsache, daß die durch falsche Sparpolitik beim Wohnungsbau verweigeren Mittel für das durch die Wohnungsnot verursachte Elend in der Wohlfahrtspflege und im Gesundheitswesen ganz unproduktiv ausgegeben werden müssen. Wir brauchen vor allem eine einheitliche Regelung des Wohnungswesens, der Beschlagnahme und einen großzügigen Bebauungsplan. Gerade diese Erörterung bietet die Gelegenheit, einmal auf die unverantwortliche Sabotage hinzuweisen, die von Interessentengruppen zum Schaden der Stadt getrieben wird.

Seit Mai ist auf Befehl der Stadtverordnetenversammlung die Stellung eines Wohnungs- und Siedlungsdirektors geschaffen. Bis heute ist nichts geschehen, um endlich durch die Befolgung dieser Stelle die Einheitlichkeit und nötige Initiative für die Baupolitik Berlins zu schaffen!

Schuld daran tragen die bürgerlichen Parteien, aber auch Teile der S.P.D. Wir fordern endlich, daß die von den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften eingebrachten guten Anträge angenommen werden! (Leb. Beifall.)

Die Debatte fand mit einer Polemik des Stadtd. Parloff (S.P.D.) gegen Müller-Franken, und einem Schlusswort des Antragstellers ihr Ende. In der Abstimmung beschloß die Versammlung, alle vorliegenden Anträge der bestehenden Wohnungsdeputation, die auf 25 Mitglieder verstärkt werden soll, zu überweisen.

Vom Weihnachtsmarkt des Proletariats

In der Zentralmarkthalle

Weihnachten, diese uralte Winterjohannisfeier mit ihren Geschenken und Festpreisen, wie sie die Römer in den Saturnalien und die Germanen im Julfest kannten, brachte in jenen verlustreichen Zeiten selbst den Entrechteten im Staate, den Besitz- und Schollenlosen, immerhin bescheidene Möglichkeiten, wenigstens einigermaßen an den Genüssen teilzunehmen, die diesem Feste das Gepräge geben und das „verstehene“ Sprichwort erschaffen haben: „Nichts ist schwerer zu ertragen, als eine Reihe von Feiertagen“.

Dieses Sprichwort gilt auch heute noch, aber in recht verschiedenem Sinne, für die Besitzenden und das Proletariat, vom Weihnachtsmarkt. Wer Geld hat, kann sich alles leisten. Die reichen Viertel Berlins erlösen zur Zeit förmlich unter den Vorräten an Dekkateisen und sonstigen Dingen, die ihren Weg in den Wohnungen der Schieber, Krlegs-, Revolutions- und Saluagewinnler finden. Für diese Herrschaften, die ja jeden Preis anlegen, wird alles herangeführt, trotz Pfennigmark und Einuhrverbot. In den Auslagen am Kurfürstendam und in dessen Nachbarschaft sieht man sogar Apfelsinen, Bananen und Kaniar, Sachen mühen, die im zivilisierten Deutschland wirklich keinen Platz haben sollten. Doch lassen wir den Kunden dieser Geschäfte ihr Vergnügen. Ihr Treiben trägt dazu bei, daß im Proletariat immer und immer wieder das Gefühl seiner Benachteiligung und seines Ausgebeutetwerdens wachgehalten wird.

Denn für viele Proletarier bedeuten die Feiertage einen recht empfindlichen Ausfall an Lohn und Verdienstmöglichkeit, für die besser gestellten Arbeitnehmerischen einen unerwünschten Zwang zu Ausgaben, die durch Einschränkungen über das Menschenmögliche hinaus in den nächsten Wochen wieder wettgemacht werden müssen. Die jämmerliche Bezahlung bei allerwärts geforderten Saluapreisen selbst für Dinge, die mit dem Ausland nicht das geringste zu tun haben, die stetig zunehmende Teuerung, die immer mehr fortschreitende Verumpfung der Kleidungsstücke, die nur unter größten Opfern in unvollkommenem Maße erneuert werden können, kurz das Elend unserer Tage nimmt der Arbeiter- und Angestelltenchaft — von den Arbeitslosen und Invaliden ganz zu schweigen! — jede Möglichkeit zu einem auch noch so bescheidenen Sondergenuß während der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage.

Die Proletarierfrau, dieses wahrhafte Vorbild deutscher Mütterlichkeit — in Schloß und Herrschaftshaus läßt sich leicht Mutter sein! —, sinnt freilich, wie sie ihrer Familie doch ein schönes Fest bereiten könne. Mit geringen Mitteln will sie viel erreichen und doch ein wenig Weihnachtsglanz in die fahlen Räume ihrer Proletarierwohnung zaubern.

Wo geht sie hin, da ja ihre größten Sorgen die für die Küche sind? Sie kann keine Dekkateisen frequentieren, sie wandert zur Markthalle.

Wir haben bekanntlich deren mehrere in Berlin. Die größte von ihnen ist die am Alexanderplatz, die durch ihre zentrale Lage ganz besonders als Kaufstätte für die im Norden zusammengepackten Arbeitermassen geeignet erscheint. Schön ist sie gewiß nicht. Eine trübe Suppe, die sich langsam vom hineingeschleppten Schmutz absondert, läuft durch die Abflutrinne längs der Stände, und die Gänge werden durch wogenderne Papierseken, verfallende zeretzte Kohlblätter, Fischschuppen und Fischreste, durch allerhand Abfall in einen nicht gerade einladenden Zustand versetzt.

Trotzdem drängt sich viel Publikum durch die verschiedenen Abteilungen, die dem Besucher manches Interessante bieten. Denn die Reichhaltigkeit der Warenmärkte wird hier um ein Vielfaches überboten. Manche Stände sind zum Bersten voll, und wenn der Verkauf dieses auch nur viertelstundmeweise vor sich geht — wie bei Fleisch- und Wurstwaren —, so müssen doch ständig neue Vorräte herangeschleppt werden. Gleiches gilt von landlichen und Gartenprodukten, von Obst und getrockneten Waren.

Natürlich konzentriert sich zur Zeit das Interesse unserer Arbeiterfrauen, die zweifellos das Hauptkontingent der Markthallenbesucher darstellen, auf alles das, was irgendwie zu Weihnachten eine Rolle zu spielen berufen und geeignet ist. Schnell werden die kleinen Einkäufe für den täglichen Bedarf erledigt, und dann geht es hinüber in die Abteilungen, denen die Adventszeit ihren Stempel aufgedrückt hat.

Gänse, Gänse, Gänse...! Es hat unter ihnen ein großes Sterben begonnen, und ihre Leichname hängen, fein, äußerst fein säuberlich gerupft, da mit den Federn besonderer

Wucher getrieben wird, zu Hunderten und aber Hunderten in langen Reihen, mehrfach übereinander vor Dutzenden von Verkaufständen. Und an ihnen vorüber pilgern all die vielen Arbeiterfrauen und Frauen kleiner Angestellter mit magerem, ausgezehrtm Gesicht und noch magerem Geldbeutel. All diese Herrlichkeiten sind heute nicht für des Proletariats Tisch bestimmt, denn er kann einfach nicht die geforderten Preise bezahlen! Glende Knochengerüste mit Haut und ohne Fett und Fleisch kosten 17 bis 18 Mark pro Pfund. Ist halbwegs „was dran“, schnell der Preis sprunghaft auf 24 Mark und noch mehr in die Höhe. Für Gänseleichen fordert man 40 bis 45 Mark pro Pfund.

Die Gänsehändler klagen, das Geschäft sei in diesem Jahre außerordentlich schlecht. Auf den Auktionen bezahlen sie durchschnittlich 8 bis 10 Mark pro Pfund Gans, nur bei besonderen Prachtexemplaren kommen höhere Gestehungspreise vor. Diese Extragänge verschwinden aber alsbald aus der Markthalle und finden in den Dekkateisenläden der Stadt zahlreichere Liebhaber als unter dem Publikum der Zentralmarkthalle. Ist es notwendig, daß der Händler an jedem Pfund 10 Mark verdient?

Auch mit Äpfeln und Nüssen, diesen Attributen des Weihnachtsfestes, sieht es trübe. Sprunghaft sind in den letzten Tagen die Preise in die Höhe gegangen, und was einem für teures Geld angeboten wird, sind die traurigen Reste einer gewissenhaften Auslese mit dem Zweck, für gewisse Zeitgenossen Prachtfrüchte zu sammeln, die dann die märdenhaften Preise in Berlin erzielen. Der Proletarier aber kann nicht einmal den für ihn übrig gebliebenen Schund bezahlen!

Wir wissen alle, daß es in den Haushaltungen der erwerbstätigen Kreise weder her noch hin langt, und daß Schmalhans Rückenmeister ist. Alles Sparen beilegt nicht die krasse Not und macht das Brot nicht fetter. Alles Sparen wäre auch zwecklos, denn bis eine Proletarierfrau soviel zusammen hat, daß sie den ihren etwas Zukünftliches zu bieten vermöchte, ist dieses Zukünftliche mindestens um das Ersparte, wenn nicht um ein Mehrfaches davon teurer geworden. Darum, Proletarier, bleib dir nur das Zusehen. Drück dir die Nase breit an den Spiegelscheiben der großen Freigeschäfte und schau dir die Dinge an, die du vielleicht kaum dem Namen nach kennst, die du gewiß noch nie gegessen und getrunken hast und nie genießen wirst. Die sind für diejenigen, die deine Arbeitskraft ausbeuten, dir Jammerlöhne bezahlen und gegen Waren zu Saluapreisen wieder abnehmen, die durch Krieg, Revolution und Markelend reich wurden, und denen die Ausgabe für einen Weihnachtsbaum zu 40 bis 50 Mark (!) — kleinere kosten 25 bis 30 Mark, Krüppel 20 Mark — eine ganz nebenhächliche Bagatelle ist. Ihre Stabdiertel werden in diesen Tagen des grauen Elends im Glanz Tausender von Kerzen strahlen, auf ihren Tafeln prangen die gebratenen Gänse, Hasen und Kapauern, sie haben alles, was ihr begehrtliches Herz und ihr weiter Magen begehrt. Wie anders ist es dort, wo du und deinesgleichen wohnst, Arbeiter!

Der Polizeihund als Schatzgräber

In einer der letzten Nächte wurden auf dem Grundstück des Wasserwerks Oranienburg für rund 15000 Mark Kupfer- und Bleirohre gestohlen. Auf sofortige Benachrichtigung des Polizeipräsidiums Berlin entsandte die Abteilung Diensthundführer den Beamten Böttner mit seinem Suchhund an den Tatort. Obgleich jetzt 12 Stunden seit der Tat verstrichen waren, nahm der Hund an den vorhandenen Fußspuren Witterung und verfolgte die Fußspuren durch den Garten bis zu dem das Grundstück umschließenden Zaun. Man legte den Zaun an dieser Stelle nieder, worauf der Hund an dem Zaun entlang bis zur nächsten Querstraße, dann wieder zurück und über die Straße lief. Auf dem sich hier ausdehnenden freien Gelände setzte das Tier, die Nase ständig am Boden, seine Sucharbeit fort und blieb schließlich an einem jogenannten Stubbenloch, das mit Strauchwerk und Laub zugedeckt war, laut bellend und scharrend stehen. Als man das Laub vollständig entfernt hatte, fand man die Kupferrohre. Dann trachtete das kluge Tier etwa 10 Meter weiter und machte an einem zweiten Stubbenloch Halt, das in derselben Weise zugedeckt war. Hier förderte man die Bleirohre zutage. Dann verfolgte der Hund die Spur weiter bis zu dem nahegelegenen Bahnhof, wo sie natürlich verloren ging. Die Täter sind offenbar nach Berlin gefahren und wollten zu gelegener Zeit die Beute in Sicherheit bringen. Der Polizeihund hat ihnen aber einen biden Strich durch ihre Rechnung gemacht.

Der Kleppelsdorfer Sensationsprozess

Im Kleppelsdorfer Mordprozess haben die Geschworenen den Angeklagten Peter Grupen des zweifachen Mordes für schuldig befunden. Nach längerer Beratung des Gerichtshofes wurde folgendes Urteil verkündet:

Der Angeklagte Grupen wird wegen Mordes in zwei Fällen zweimal zum Tode und wegen Sittlichkeitsverbrechens in einem Falle zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Fern von Berlin, in Hirschberg in Schlesien, hat w o c h e n l a n g einer der auferregendsten Kriminalprozesse der letzten Jahre stattgefunden, der nun durch das Urteil seinen Abschluß gefunden hat. Unter der Anklage des Doppelmordes hatte sich der Architekt Peter Grupen zu verantworten, der sich vom Maurer mit Kruppelhafter Energie „heraufgearbeitet“ hat. Grupen heiratete vor mehreren Jahren eine verwitwete Frau Schade, deren erster Mann bei einem Jagdunfall gestorben ist, wie der Angeklagte andeutete, auf nicht ganz aufgeklärte Weise. Im September vorigen Jahres machte Grupen mit seiner Frau einen Besuch in Schloß Kleppelsdorf, wo zwei junge Madamen, Dorothea Kohrbed und seine Stiefmutter Ursula Schade mit ihrer Großmutter und einer Erzieherin Fräulein Zahn wohnten. Dorti Kohrbed, die erst 16 Jahre alt war, besaß ein Vermögen von mehreren Millionen, und durch ihren Tod mußte es auf die Großmutter Frau Ehardt kommen, die vollkommen unter dem Einfluß Grupens gestanden haben soll.

Die beiden jungen Madamen wurden an einem Abend, als die ganze übrige Familie sich in einem Wohnzimmer des ersten Stockwerkes aufhielt, in einem Parterrezimmer erschossen aufgefunden. Wenige Schritte von ihnen entfernt lag der Revolver, mit dem die Tat verübt war, und der dem Angeklagten gehört. Eine große Rolle spielte die Erörterung der Frage, ob Grupen die Tat auf hypnotischem Wege durch die kleine Ursula ausgeführt hat. Die Verteidigung versuchte dagegen darzulegen, daß Ursula zunächst Dörte und dann sich selbst umgebracht habe. Die Motive sind für die weitere Deffentlichkeit nicht ganz klar geworden, weil darüber unter Ausschluß der Deffentlichkeit verhandelt wurde. Soviel man weiß, kam dabei zur Sprache, daß das dreizehnjährige Kind an einer Geschlechtskrankheit litt, die angeblich durch einen Verkehr mit Grupen hervorgerufen sein soll. Der Staatsanwalt beantragte denn auch in seinem Plädoyer, Grupen wegen Doppelmordes und Verführung einer Minderjährigen zu verurteilen.

Entscheidende Bedeutung mußte die Tatsache erhalten, ob Grupen an dem Abend das Wohnzimmer verlassen hat. Eine völlige Klärung konnte nicht herbeigeführt werden, obgleich bei einem Lokaltermin mit allen Mitteln der Kriminaltechnik eine Rekonstruktion der Vorgänge versucht worden ist. Man stellte dabei fest, daß der Mörder 50 Sekunden gebraucht hätte, um zum Tatort und zurück zu gelangen, aber keiner der Zeugen war imstande, mit Gewißheit zu sagen, ob sich Grupen entfernt hat oder nicht. So mußte sich die Anklage auf reine Indizien stützen, die durch die Zeugenaussagen allerdings erheblich vermehrt wurden. Besonders belastend waren die Aussagen der Erzieherin Fräulein Zahn, und der Großmutter, Frau Ehardt, während günstige Mitteilungen über den Angeklagten so gut wie gar nicht gemacht wurden. Geheimrat Dr. Wolf war als Sachverständiger geladen, um die Geschworenen über die Möglichkeiten der Hypnose zu belehren. In seinem eingehenden Gutachten führte er in interessanter Weise aus, daß vermuthlich keine Hypnose in Frage käme, daß aber eine Wachsuggestion nicht unwahrscheinlich sei, da der Angeklagte hier auf Menschen wirkte. Eine Stütze erhielt diese Auffassung durch das Auftreten einer ganzen Reihe früherer Geliebten Grupens, die alle ganz unter seinem Einfluß gestanden haben.

Nach den Berichten von Augenzeugen des Prozesses macht Grupen während der ganzen Verhandlung den Eindruck eines ruhigen, sehr selbstsicheren Menschen, der jedes Wort genau überlegte und durch nichts aus der Ruhe zu bringen war. Trotz dieses scheinbaren Aufreitens ergab sich durch den Prozeß ein immer klareres Bild von ihm, allein schon durch die finanziellen Nachenschaften — er verkaufte und verpachtete alle erreichbaren Sachen seiner Frau —, die er nicht zu widerlegen vermochte.

Nun hat diese mysteriöse Angelegenheit formell ihren Abschluß gefunden, aber das meiste ist doch ungeklärt geblieben. Man möchte wissen, wo die Frau Grupen geblieben ist, die angeblich nach Amerika durchgebrannt und unauflindbar sein soll, um mit mehr Sicherheit als noch dem vorhandenen Beweismaterial möglich ist, zu einem bedingungslosen Urteil zu kommen.

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Häckel

Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Belgien.

(47. Fortsetzung.)

Sie hatte ihr Taschentuch gezogen und betupfte ihre Augen, die voll Tränen standen.

„Glauben Sie denn,“ sagte Real, „ich liebe mein Vaterland nicht? Wenn ich mich gegen die eiteln und eigensinnigen Patrioten wende, so lehne ich nur jene Vaterlandsliebe ab, die sie mir aufdrängen wollen. Aber darum bin ich doch nicht gleichgültig. Dieses schöne reiche Land, an das mich so viele Erinnerungen knüpfen, und das sich scheinbar zum Niedergange neigt, lößt mir eine wehmütige Zärtlichkeit ein.“

„Trotzdem,“ sagte sie mit stotternder, gleichsam stehender Stimme, „kann Frankreich nicht sterben.“

Er sagte weich:

„Gewiß nicht, wer spricht denn vom Sterben. Noch enthält Frankreich eine Fülle von Kraft, die Ehrfurcht einflößt. Andere Zahlen würden gewiß beweisen, daß Frankreich noch Anspruch auf Achtung erheben kann, daß es großer Anstrengungen fähig ist und seinen guten Namen rechtfertigt. Nur ist es jetzt in ein Alter gelangt, in dem man sich beschaffen muß und nicht mehr auf Eroberungen ausgehen darf. Das ist eben ein Naturgesetz. Warum sollten nur wir allein unter allen Völkern Anspruch auf ewige Jugend haben?“

Als wollte er den Kummer des Kindes durch eine hübsche Geschichte beruhigen, fuhr er fort:

„Frankreich ist eine Dame mit gepuderten Wächern und erinnert an die liebenswürdigen Bürgerfrauen, bei denen die Philosophen des achtzehnten Jahrhunderts ihre Anregung fanden. Die Dame hatte Erfolge, von denen man überall sprach, und Abenteuer, durch die sie heute noch bezaubert. Sie ist gebildet, hat viel Geist. Trotz ihrer Jahre ist sie leichtsinnig, lustig, begeisterungsfähig, voll Phantasie. Aber sie sollte lernen, freiwillig zu entsagen. So verlockend die Kunststücke mit Schnürleib und Schminke in ihrem Alter sein mögen, sie sind doch nur arbeitsame Schutzmittel. Sie können niemand Sand in die Augen streuen. Sie haben nur schreckliche Enttäuschungen zur Folge. Wenn man mit vierzig Jahren behauptet, zwanzig Jahre alt zu sein, setzt man sich der Gefahr aus, schmerzlich Lügen gestraft zu werden. Frankreich kann noch lange in Ehren und Würden

leben, wenn es sich damit abfindet, aufsteigenden Völkern ihre Erfolge zu lassen.“

Diese Worte, die er mit sanfter schmeichelnder Stimme sprach, erheiterten das junge Mädchen ein wenig. Sie seufzte:

„Mag sein, aber es ist so traurig.“

Real fuhr fort:

„Wir müssen für die Ratrone Frankreich eine unterwürfige Zärtlichkeit bewahren. Wir müssen sie lieben, wie Söhne ihre Mutter lieben, wenn Sie an ihr jene uneingestandene Traurigkeit wahrnehmen, die dem Alter vorangeht. Wir müssen auf ihrem noch lieblichen Angesicht das Lächeln erhalten, wir müssen ihr einen Lebensabend ohne Schmerzen, einen langen goldenen Herbst schaffen. Und das ist für sie wie für uns besser, als wenn man trügerische Hoffnungen in ihr erregen oder ihr Abenteuer anraten wollte, bei denen sie Freiheit und Leben einbüßen könnte.“

„Gut, gut,“ gab sie zu, „Sie mögen ja recht haben.“

Dann in neuer Angst:

„Was soll denn aber aus unserem Lande werden?“

Er antwortete nicht gleich, sann eine Weise und sprach endlich:

„Das ist klar: wir können ohne fremde Hilfe nicht leben!“

„Im Ernst?“

Er zeigte auf die Papiere, die Yvonne gebracht hatte. Diese Gebärde war eine Antwort.

„Ein Bündnis,“ seufzte Yvonne, „darin liegt fast immer eine Uebervorteilung.“

Real nickte.

„Sehr wahr... Man braucht nur an das Verhalten unserer Freunde von gestern zu denken. Weder die Almosen aus New York, noch die launischen Freundlichkeiten des Herrn Lloyd George vermögen uns zu täuschen. Wir haben als Werkzeug gedient, um den deutschen Nebenbuhler unschädlich zu machen.“

„Und doch,“ meinte sie, „können wir uns auf niemand mehr verlassen als auf diese Stützen.“

„Verlassen... Ich glaube, das imperialistische England ist in einer Lage, die es zwingt, zunächst an sich selbst zu denken, was es ohne große Selbstüberwindung tun wird. Dieses alte Land ist nur ein Handelskontor, das jedes Risiko eines Handelshauses tragen muß. Seine Kohlenförderung nimmt ab. Jüngst erst mußte es hunderttausend Tonnen aus Amerika beziehen. Seine Schuld vergrößert sich. Seine Jahresausgaben haben sich von fünf auf vierzig Milliarden erhöht. Großbritannien ist ein Nationalitätenstaat. Es hat

erklärt, Deutschland betrogen zu müssen, um Belgiens Freiheit zu sichern — sehen Sie, wie es Irland behandelt. Ueber Ägypten und Indien geht der Schauer einer Freiheitsahnung... Australien und Kanada üben schon ihr Selbstbestimmungsrecht aus. Die Rüstung beginnt Risse zu zeigen. Wältert man in der Geschichte zurück, so findet man nur Erinnerungen an die Nebenbuhlerschaft zwischen ihnen und uns. Heute ist England ein gleichgültiger Freund. Was wird es morgen sein?“

„Und Amerika?“

„Dort ist ein junges, heißes, jüngerhaftes Volk. Es ist unempfindlich, erfinderisch und rücksichtslos, wie man in diesem Alter eben ist. Es hat noch Lust an Abenteuern. Es vermehrt seine Rüstungen. Seine inneren Sorgen lenken es von uns ab. Die gelbe Frage, die schwarze Frage beschäftigen es viel mehr als die französische Frage. Das ist ganz natürlich. Und überdies misachtet es uns ein wenig.“

„Glauben Sie wirklich?“

„Selbstverständlich mit einer gewissen Nachsicht. Die amerikanischen Truppen haben nicht viel Vertrauen zu Frankreich nach Hause gebracht. Sie haben unsere Unverträglichkeit, unsere Kleinlichkeit gesehen.“

„Und unseren Heldenmut.“

„Das schon, aber seit dem Frieden unseren Mangel an Unternehmungsgest, unseren unverbesserlichen Hang, alle Möglichkeiten zu verpassen, uns in Schreiberereien zu verlieren, Worte für Taten zu nehmen. Einst kannten sie Frankreich als das Land Lascaettes; wir waren aber nur das Land des heiligen Bureaustatus.“

„Was soll also werden?“

„Ich weiß es nicht, ich suche und ich frage mich...“

Er hielt inne und dachte an seine Unterhaltung mit Jacobis Freund. Sie beharrte:

„Was fragen Sie sich?“

„Ich frage mich, ob die Buren, die sich nach dem Transvaalkriege mit den Engländern verfeindeten, ob die Russen, die sich nach Muden mit den Japanern zu stellen versuchten, ob die Oesterreicher, die sich nach Sodowa mit den Preußen ausließen, ob die Südamerikaner, die nach der Schlacht bei Richmond mit den Nordstaaten eine Verständigung fanden, ob die Bulgaren, die nach dem Balkankrieg Bundesgenossen der Türken wurden, ob die Franzosen, die sich trotz Malakoff mit den Russen anfreundeten, ob die Engländer nach Ashgoda, ob sie alle nicht den Beweis von einem großen Völkergesetz erbracht haben und ob...“

(Fortsetzung folgt.)

Die Wünsche der Blinden

Vor dem Reichsanwaltspalais in der Wilhelmstraße fand Sonntag vormittag eine eigenartige Kundgebung statt. Im Januar d. Js. hatten die Zivilblinden den Reichstag gebeten, sich ihrer anzunehmen, und durch ein Zwangseinstellungsgebot dahin auf die Industrie zu wirken, daß sie nicht nur Kriegs-, sondern auch Zivilblinde einstelle. Der Reichstag hatte in seiner Sitzung vom 20. Januar dem zugestimmt und das Material einem Ausschuss überwiesen. Da die Blinden seit dieser Zeit nichts mehr von einer derartigen Hilfe gehört hatten, beschloßen sie, den Reichsanwalt an das Versprechen des Reichstages zu erinnern. Infolgedessen versammelten sich etwa 300 Blinde und zogen, unter der Leitung einiger Führer, durch die Baumstraße vor das Reichsanwaltspalais. Die Polizeibeamten wollten den Blinden ursprünglich das Betreten der Baumstraße untersagen, gaben dann aber nach, da das Versprechen der Blinden, sie hegten nur friedliche Absichten, durchaus glaubhaft erschien. So zogen die Blinden in die Wilhelmstraße und entsandten eine Abordnung von drei Mitgliedern des Industrie-Bereins der Blinden in die Reichsanwaltschaft, wo sie von einem Vertreter des Kanzlers empfangen wurden. Die Blinden überreichten eine Denkschrift, die folgende drei Forderungen enthielt: 1. Unbedingte Ausdehnung des Zwangseinstellungsgebotes auf alle arbeitsfähigen Blinden, 2. Bewilligung einer Reichs- oder Staatsrente und 3. Ausdehnung aller Humanitäts- und Fürsorgevergünstigungen, die den Kriegsblinden gewährt werden, auch auf Zivilblinde. Auf die Versicherung hin, daß der Reichsanwalt sich für eine Blindenhilfe einsetzen werde, löste der Zug der Blinden sich in Ruhe auf.

Änderungen im Straßenbahnbetrieb

Vom 21. Dezember ab wird die Linie 67 von der Frankfurter Allee anstatt bis zum Roederplatz durch die Boxhagener Straße, Alt-Boxhagen, Marktstraße, Karlsborner Straße, Prinz-Albert- und Stadthausstraße bis zum Viktoriapark (zurück durch die Türschmidtstraße) geführt. Hierdurch wird vielfachen Wünschen folgend wieder eine unmittelbare Straßenbahnverbindung zwischen dem Lichtenberger Ortsteil Boxhagen-Kummelsburg und dem Alexanderplatz hergestellt. Für den Verkehr nach dem Roederplatz wird zum Ersatz für die Linie 67 die jetzt nach Boxhagen-Kummelsburg verkehrende Linie 92 vom Andreasplatz über Königsberger Straße, Zentral-Viehhof und Möllendorfsstraße nach dem Roederplatz geführt. Gleichzeitig wird diese Linie vom Andreasplatz ab anstatt über Grüner Weg, Blumen- und Schäferstraße durch die Andreasstraße, Breslauer und Holzmarktstraße geleitet und dadurch die fehlende, seit langem gewünschte Verbindung von Lichtenberg, Möllendorfsstraße, und dem Zentral-Viehhof nach dem Schließischen Bahnhof hergestellt, auch eine neue Verbindung vom Westen nach dem Schließischen Bahnhof geschaffen. Am gleichen Tage tritt auf den Linien 16, 118, 30, 130 ein neuer Fahrplan in Kraft unter gleichzeitiger Verlegung des Endpunktes der Linie 30 von der Blatanerstraße nach dem Bismarckplatz in Niederschönhausen. Die Veränderung der Fahrpläne dieser Linien dient einer besseren Aufnahme des Verkehrs durch Herstellung gleichmäßiger Fahrabstände. Näheres über die neuen Fahrpläne ist aus den Aushängen in den Wagen ersichtlich.

Verhaftung eines Redakteurs der „Roten Fahne“

In der Nacht zum Dienstag wurde, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, von Beamten der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums der Redakteur der „Roten Fahne“, Leo Borochowicz, festgenommen. Er hatte einen auf den Namen Gottfried Beyer lautenden, mit seiner Photographie versehenen Redaktionsausweis der „Roten Fahne“ sowie einen auf den gleichen Namen lautenden Paß bei sich. B., der aus Lodz stammt und Ende 1918 nach Berlin zugewandert ist, um hier an der Unversität zu studieren, hielt sich am Anfang dieses Jahres einige Zeit in Baden auf und wurde wegen Hebertretung der Ausländervorschriften des Landes verwiesen.

Sturm auf billige Weihnachtsbäume. Die Friedhofsoberverwaltung hat für gestern nachmittag den Verkauf von billigen Weihnachtsbäumen angeordnet. Daraufhin sammelten sich etwa vierhundert Interessenten vor dem Friedhofstor. Als sie nicht sofort Einlaß fanden, weil die Abwidlung des Verkaufsgeschäftes erst organisiert werden sollte, ergaben sie das Tor, stürmten auf den Friedhof und stießen über die bereitgestellten Weihnachtsbäume her. Teilweise wurden die Bäume in der ersten Erregung sofort an Ort und Stelle zerbrochen, teilweise aber auch von bisher noch nicht ermittelten Personen gestohlen und davongeschleppt. Die Friedhofsoberverwaltung sah sich in ihrer Bedrängnis genötigt, die Polizei zu alarmieren. — Daß es zu solchen Ausbrüchen kommen kann, ist die Schuld des unerhörten Wuchers, der mit Weihnachtsbäumen getrieben wird. Wie immer, ist auch hierbei das Proletariat der leidtragende Teil.

Am Dienstag vormittag um 11 Uhr wurde dem Gärtner Wilhelm Schönlich in der Rheinsberger Straße vor dem Hause Nr. 22 ein mit Weihnachtsbäumen beladener Wagen umgeworfen und vollkommen geplündert. Die Täter sind sämtlich unerkannt entkommen. Den Grund zur Plünderung bildeten die hohen Preise. — Beim Verladen von Weihnachtsbäumen am Nordbahnhof wurden dem Händler Schröder, Gaudystraße 12, circa 100 Weihnachtsbäume im Werte von 1500 Mark von der Menschenmenge geraubt. Der Vorfall spielte sich gegen 11 Uhr vormittags ab.

Auf die Straße gesetzt

Die durch den Streit der Autodroschkenbesitzer brotlos gemachten Chauffeure nahmen am Montag abend zum Streik der Wagenbesitzer in einer Versammlung Stellung. In der Versammlung waren alle Redner der Meinung, daß die Steuer eine gerechte sei und daß der Magistrat von der Kollegenchaft unterstützt werden müsse. Sobald es sich um eine Lohnherhöhung für die Droschkenführer handelte, werde stets von dem großen Verdienst der Fahrer gesprochen, der von den Unternehmern schon auf 36 000 M. beziffert wurde; jetzt weigern sich die Unternehmer, die 10 Prozent abzugeben, und wollen stattdessen nur eine Pauschale von 6000 M. entrichten. Es mache ganz den Eindruck, als ob man einen Einblid in den Umsatz schaue. Die Arbeiterchaft werde aber nicht nach dieser Richtung hin zu Diensten für die Unternehmer bereit sein. Mit allen gegen eine Stimme wurde folgende Entschließung angenommen:

Die heute zur Entlassung gekommenen Kraftdroschkenführer erblicken in der Stilllegung der Betriebe eine einseitige Interessentaktion der Automobilbesitzer, die jeder gerechten Grundlage entbehrt. Die Personalführer kann nicht der Anlaß zur Einstellung der Betriebe bilden, da die in Betracht kommende Steuer von den Fahrern getragen wird. Sollten sich die Unternehmer auch fernerehin zur Eröffnung der Betriebe ablehnend verhalten, so fordern die Fahrer, daß die Behörden die Einziehung der Droschkennummern sofort rückwirkend durchzuführen und den Besitzern kostenlos überweisen, die sich zur Durchführung der Steuererhebung verpflichten. Ergibt die Durchführung der Steuererhebung Schwierigkeiten, so sollen Verhandlungen zwischen Magistrat und den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattfinden.

„Kompa“-Laten

Den „Kompa“ (Verband der Kommunalbeamten und angestellten Preußens, v. B.) haben wir schon öfters gekennzeichnet. Die Bundeszeitschrift der technischen Angestellten und Beamten — *WZ* —, die „Deutsche Techniker-Zeitung“ erbringt in ihrer letzten Nr. 50 vom 16. Dezember nicht nur ein kleines und bezeichnendes Kapitel der „Kompa“-Arbeit aus der Stadt Hildesheim, sondern auch den dokumentarischen Nachweis, daß der Kompa bei allen

Lohn- und Anstellungsbedingungen auf der Seite der Arbeitgeber steht. Durch die Kompa-Politik sind die Angestellten entzweit worden, und der „Kompa“ ist auch „der Schuldige am Streik vom 12. September. Ihm verdankt Berlin die Stilllegung der gesamten Stromerzeugung an diesem Tage und den Einnahmeverlust von 1 1/2 Millionen Mark“. Weiter heißt es, daß „der Kompa“ als Schützer des „Reichspergelezes“, der „Staatsnotwendigkeiten“ und der „politischen Zweckmäßigkeit“ auftritt. So handelt nur eine gelbe Organisation.

Und diese sogenannte „Gewerkschaftsarbeit“ hat der Reichsbund der Kommunalbeamten gebett, indem er das verlogene Flugblatt des „Kompa“, das je die Welt gesehen, mitunterzeichnet und verbreitet hat.

Diese Ausführungen wollen allerhand besagen. Erinnert sei bei dieser Angelegenheit, daß im „Kompa“ Reichssozialisten, teilweise führend tätig sind, und wir verweisen auf den Sonderausdruck beim Berliner Magistrat, Mitglied der S. P. D., der, wie vielleicht noch erinnerlich, bei dem letzten Streik der Elektriker eine sehr läbliche Rolle spielte.

Demnach ergibt sich, daß die S. P. D. und ihr Berliner Organ, der „Vorwärts“, eine gelbe Organisation führt, und daß die S. P. D. Mitglieder gelber Verbände in ihren Reihen zählt, die teilweise noch politisch führend wirken.

Wir stellen diese Dinge hier fest und bemerken nur, daß dies Jogh ebenfalls reizend wie nützlich wirkt.

Entlassungen zur Behebung des Mangels an Facharbeitern

Der Nachrichtendienst des U. D. G. S. teilt mit: Nach Mitteilung aus dem Reichsarbeitsministerium hat die Entlassung solcher Facharbeiter, die in einem fremden Beruf Stellung gefunden hatten, zurzeit aber in ihrem erlernten Beruf dringend gebraucht wurden und sofort in Arbeit treten konnten, zu Differenzen geführt. Der Reichsarbeitsminister hat in folgendem Rundschreiben zu dieser Frage Stellung genommen:

Wie mir mitgeteilt wird, ist die Entlassung von Facharbeitern, die in ihrer Arbeitsstelle entbehrlich, an anderen Stellen des Wirtschaftslebens aber dringend notwendig sind, dadurch erschwert worden, daß auch in diesen Fällen der § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 angewendet worden ist. So ist insbesondere verlangt worden, daß die Arbeit in einem Betriebe gestreift werde, ehe Bauarbeiter, die in diesen an sich berufsständigen Betrieb übergegangen, dort aber entbehrlich waren, entlassen werden dürfen. Diese Auffassung entspricht den Absichten nicht, die der Gesetzgeber mit dem § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 verfolgt hat. Diese Bestimmung beschäftigt sich, wie schon ihr Wortlaut ergibt, nur mit Entlassungen aus Anlaß der Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern oder zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl. Wenn die Entlassung von Arbeitnehmern mit Rücksicht auf dringende wirtschaftliche Bedürfnisse erfolgt, um die Entlassenen auf diese Weise zur Rückkehr in ihren alten Beruf zu veranlassen, wird regelmäßig angenommen werden müssen, daß sie nicht zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl geeignet sind. Es liegt im Vorteil der Arbeiter und vor allem der immer noch zahlreichen Arbeitslosen, daß, wo immer möglich, der bestehende Mangel an Facharbeitern so schnell wie möglich behoben wird. Sehr oft würde es möglich sein, ungelernete Arbeiter in größerer Zahl zu beschäftigen, wenn nur Facharbeiter zur Verfügung ständen.

Im übrigen muß eine solche Methode verurteilt werden, mit der man gewaltig am Menschen veranlassen will, zu einem zufällig gelegenen Beruf, in dem zufällig Mangel an Kräften herrscht, zurückzukehren. In gewissen Berufen tritt mit zunehmendem Alter der Berufsangehörigen eine Abwanderung ein, ein natürlicher Vorgang, der überall in der Welt zu beobachten ist. Wir sind außerdem gegen jede Einengung der Freizügigkeit und wollen für jeden freie Bahn haben.

Zur Hilfsaktion für Rußland

Aus den dem Internationalen Gewerkschaftsbund zur Verfügung gestellten Beträgen wurden bisher u. a. angekauft: 1 000 000 Kilogramm Roggenmehl, 250 000 Kilogramm amerikanisches Patentmehl, 50 000 Kilogramm Zucker, 25 000 Kilogramm Kaffee, 10 000 Kilogramm Margarine, 16 000 Kilogramm Suppenpräparate, 150 Kisten Tee, 5000 Männerhüte, 5000 Frauenmäntel, 10 000 Paar Socken.

Alle bisher angekauften Gegenstände werden ungefähr am Weihnachtstag herum in einem vom Internationalen Gewerkschaftsbund gemieteten Schiff von Hamburg aus nach Rußland bzw. Petersburg abgehen.

Schupo als Streikbrecher. In Nummer 574 vom 9. Dezember veröffentlichten wir unter obigem Titel eine Zuschrift des Bauere- und Mühlenarbeiter-Verbandes, der sich mit einem Streik in der Hefefabrik von M. u. H. Müller beschäftigte. Zu der Behauptung, daß Schupo Streikbrecherdienste dort geleistet hätten, erhalten wir von der Presseabteilung der Polizei eine Mitteilung mit folgendem Inhalt: „Die vom Kommando der Schupo-Polizei eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß keiner der Beamten Streikbrecherdienste geleistet hat. Die befragten Streikposten haben ebenfalls von einer Streikbrecherarbeit nichts gesehen. Es konnte lediglich nachgewiesen werden, daß an einem Nachmittag während des Streiks ein dort postierter Beamter eine abgeladene Tonne mit dem Fuße weiter gestoßen hat. Die Beamten sind angewiesen, sich in Zukunft so zu verhalten, daß ihr Benehmen keinen Anlaß zu falschen Auffassungen geben kann.“ Wir hoffen, daß in Zukunft dem letzten Satz entsprechend gehandelt wird.

Wahl zur Handwerkskammer Berlin. Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission hatte die Mitglieder der freien und Zwangsinnungen von Charlottenburg, Neukölln und Schöneberg am 16. d. M. zu einer Versammlung eingeladen, um sich über die Kandidatenfrage zum Wahlenausgleich der Handwerkskammer Berlin einzig zu werden. Genosse Flemming sprach über die Bedeutung der Tätigkeit in der Handwerkskammer. Eine Reform des ganzen Innungswesens, das sich den heutigen Zeitverhältnissen anpassen habe, sei durchaus notwendig und in diesem Sinne haben die Neuwahlen einzutreten. Gewählt wurde daraufhin mit allen Stimmen der Genossen Tischler Boges-Neufuß zum ordentlichen Mitglied und als dessen Stellvertreter Genosse Schneider Albert Koch-Charlottenburg. Lobend bemerkt sei, daß die Mitglieder dem Rufe der Gewerkschaftskommission fast restlos gefolgt waren.

Neue Löhne im Fuhrergewerbe. Durch einen am 13. d. M. vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zwischen der Fuhrerrenten-Innung zu Berlin und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband geschlossenen Vergleich sind die Löhne ab dieser Lohnwoche mit Geltung bis zum 31. Dezember 1921 geändert und betragen von 350—525 Mark. Ueberstunden und Stundenlöhne der unfähigen Arbeiter werden mit 12.— und die der Jugendlichen mit 9.— M. bezahlt. Die übrigen Bestimmungen des Tarifvertrages für das Lastfuhrergewerbe bleiben bestehen. Ueber die Festsetzung der Löhne ab 1. Januar 1922 sind die Parteien verpflichtet, zwischen Weihnachten und Neujahr erneut zu verhandeln. — Die Arbeitnehmer aus den Fuhrerbetrieben Berlins haben in einer gestern stattgefundenen Versammlung den Vergleich angenommen. Diejenigen Arbeitgeber, welche sich weigern, die erhöhten Löhne zu zahlen, sind der Branchenleitung bekannt zu geben.

Der Streit der Markthallenkutscher beendet. Der Verein der Fuhrerrenten für Lebensmittel der Zentralmarkthalle hat, nachdem mehrere Mitglieder bewilligt hatten, durch die im Namen des Vereins gegebene Unterschrift des Vorstehenden Fritz Gutschke die Forderungen der Arbeitnehmer anerkannt. Der Streik ist damit beendet, und ist in allen Betrieben heute früh die Arbeit wieder aufgenommen worden. — Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Stellungnahme zum Parteitag

Außerordentliche Generalversammlung der U. S. P. D. Groß-Leipzigs

Am vergangenen Sonntag nahm die U. S. P. D. Groß-Leipzigs in einer außerordentlichen Generalversammlung Stellung zu dem bevorstehenden Parteitag. Genosse Fritz Seger hielt das einleitende Referat. Er betonte, daß jetzt die Finanzpolitik im Vordergrund aller Debatten stehe und daß es sich jetzt darum handle, ob die Steuerprobleme in bürgerlichem oder proletarischem Sinne gelöst werden sollen. Seger übte weiter Kritik sowohl an der Haltung der Reichssozialisten wie der Gewerkschaften und verlangte, daß die Parteien in den politischen Kämpfen die Führung haben müssen. Das Programm der zehn Punkte bedeute den allerhöchsten Klassenkampf, den Kampf um die politische Macht.

Folgende Resolutionen wurden angenommen: „Der Parteitag wolle beschließen, die Zentralleitung zu beauftragen, den Kampf um die Sozialisierung der Reproduktion, des Geldes und Energiequellen mit größerer Entschiedenheit zu führen, dazu ADGB und SPD, im Interesse der Arbeiterschaft zu klarer Stellungnahme zu diesen Fragen zu bringen.“

„Der Parteitag wolle Grundsätze beschließen, die Klipp und klar die Stellung unserer Partei zur Frage der Finanzwirtschaft und Steuerpolitik in den Gemeinden festlegen. Diese Richtlinien sollen maßgebend für unsere Vertreter sein, um auch nach außen hin die bestimmte Stellung der Partei zu bestimmten Fragen zur Geltung zu bringen. Die Kreisvorstände werden verpflichtet, nichts unversucht zu lassen, die Gemeindevorstände unserer Partei über alle zeitgemäßen kommunalen Fragen von sozialistischem Gesichtspunkt aus zu informieren.“

Weitere angenommene Entschlüsse betrafen sich mit der inneren Organisation.

Entschließung der Mannheimer Genossen

Die Mannheimer Parteigenossen nahmen nach einem Referat des Genossen Hofmann über den Leipziger Parteitag diese Entschließung an:

„Die Versammlung erwartet, daß der Parteitag an den Richtlinien unserer bisherigen Politik festhält. Niemand hat die ökonomische Entwicklung deutlicher bewiesen, als gerade jetzt, daß die Führung des Klassenkampfes eine zwingende Notwendigkeit ist. Die Führung des Klassenkampfes schließt aber ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien aus. In einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien ist nicht nur die Vertretung einer sozialistischen Politik ausgeschlossen, sondern es tritt auch eine Lähmung des Kampfwillens der Arbeiterklasse ein. Deshalb muß in den Beschlüssen des Parteitages klar ausgesprochen sein, daß das Proletariat den Sozialismus nur unter Anwendung der Diktatur verwirklichen kann. Die Versammlung begrüßt auch eine klare Kundgebung zur Einigung der Arbeiterklasse. In dieser Kundgebung muß ganz entschieden betont werden, daß weder reformistische noch balunistische Richtungen den historischen Prozeß der Einigung beschleunigen können. Die Einigung wird nur dann einen dauernden Bestand haben, wenn auf die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe die marxistisch-sozialistische Wissenschaft Anwendung findet.“

In der Steuerpolitik hat die Partei nicht abzuweichen von dem bisherigen Weg. Wir haben einzutreten für die direkte Besteuerung in der Erkenntnis, daß die indirekten Steuern nicht nur ungerecht wirken, sondern auch die soziale und wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft verschlechtern.“

Ferner stimmten sie ebenso einstimmig diesem Antrag zu: „Finden in einem Einseitigstaat größere politische Kämpfe (Wahlen) statt, so ist die Zentrale auf Wunsch der betr. Landesparteileitung verpflichtet, mit der Reichstagsfraktion in Verbindung zu treten, um die Unterstützung in der Agitation gewährleisten zu können.“

Parteiveranstaltungen

2. Mittwoch. Die Genossen, welche Gegenstände oder Geldspenden zur Versorgung (Weihnachtsfeier) machen wollen, werden ersucht, dieselben bei Kurtz, Zionsstraße 5 oder bei Böckler, Georgenstraße 14, abzugeben.

18. Mittwoch (Kreuzberg). Der Verkauf von Büchern findet in der Expedition Krüger, Wallstraße 41, statt.

Charlottenburg. Die Weihnachtsfeier für die Kinder findet am Montag, den 19. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in der Helms-Obertentstraße, Schillerstraße, statt. Letzte Meldung für Teilnahme bis Donnerstag bei Wegmann, Karlsruherstraße 22, Zimmer 20.

Reinholdenpark. Für diejenigen Mitglieder, welche in den nächsten Tagen nicht über die Beitragsverhältnisse abgeklärt haben, findet am Mittwoch, 21. Dezember, die Abklärung im Hofsaal in der Zeit von 7 bis 9 Uhr abends statt.

Mittwoch, 21. Dezember

Berlin. Verwaltungsverkehr. Abends 6 Uhr Bezirksleiter-Vorstellung. Abends 8 Uhr Stadtkonferenz. Jeder Stadt- und Bezirksleiter muß ankommen. Wahl der Stadtdirektoren.

9. Mittwoch (Kreuzberg). Abends 6 Uhr Weihnachtsfeier im großen Saal. Einlaß 4 Uhr. Anschließende Besprechung der arbeitslosen Genossen.

15. Mittwoch. Abends 7 Uhr Weihnachtsfeier in den Reichenhagen, Weinbergstraße 21.

Neukölln-Berg. Abends 7 Uhr Sitzung der Geschäftsleitung im Foyer.

Donnerstag, 22. Dezember

5. Verwaltungsverkehr. 17. Mittwoch. Abends 6 Uhr Verhandlung und Abrechnung bei Trödel, Schöneberg. 18. Abteilungsleiter persönlich erscheinen.

8. Mittwoch. Abends 6 Uhr Sitzung der Wohnungs-, Frauennetz- und Kinderkommissionen bei Borken, Hagenstraße.

12. Mittwoch. Die Weihnachtsfeier findet in der Schulaula Grottenhagen Nr. 17, 17-18 (Kreuzberg), abends 7 Uhr, statt. Mitwirkende: Genossin Dietrich (Gottschalk), Jugendgruppe und Jugendklub unter Leitung des Genossen Jüttner. Eintritt frei.

14. Mittwoch. Abends 7 Uhr engere Verhandlung bei Wälder, Schwedterstraße 25. Stellungnahme zur Wahl eines außerordentlichen Stadtdirektors.

20. Mittwoch (Kreuzberg). Abends 7—7 1/2 Uhr Abrechnung bei Bier, Kreuzbergstraße 3. Alle Abteilungsleiter müssen persönlich erscheinen.

Charlottenburg. 4 Uhr Vorlesung des Briefes, Heimkehrer. 22. Charlottenburg. 4 Uhr letzte Probe der Kinder für die Weihnachtsfeier im Reichenhagen, Weinbergstraße, Ecke Pappelstraße.

Neukölln. Die Besichtigung des Genossen Paß vom 3. Bezirk findet nach 2 1/2 Uhr am dem Gemeindefriedhof Reinholdenpark Weg statt.

Kreuzberg. Weihnachtsfeier in der Aula Pappelstraße, Reinholdenpark. Beginn 7 1/2 Uhr. Karten zur Teilnahme 2,50 M. bei allen Buchhändlern.

Freitag, 23. Dezember

Spandau. Abends 6 Uhr Weihnachtsfeier und Besprechung der Kinder in Rado Reinholdenpark. Eintrittsgebühren nicht erhoben, jedoch haben nur Mitglieder mit ihrem Angehörigen Zutritt.

Bereinskalender

Mittwoch, 21. Dezember

Deutscher Wertarbeiter-Verband. (Großstädtische Bezüge.) Die Branchenkommission in Dezember findet nicht statt. Januarversammlung wird noch bekanntgegeben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Ortsgruppe Berlin. Abends 7 Uhr Zusammenkunft der Funktionäre des Holzarbeiter-Verbandes von den Betrieben des Vereins Berliner Holzindustrie in der Arbeitslosenkolle, Rangef. 30. Tagesordnung: Aussprache über Eingruppierung der Nr. 27.

Donnerstag, 22. Dezember

Zentralverband der Fleischer. Abends 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung der Fleischer in den Buchhandlungen Groß-Berlin in den Wallerstraße. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen. Kassenberichterstattung. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen. Kassenberichterstattung. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen. Kassenberichterstattung.

Freitag, 23. Dezember
Ortsgruppe Zentrum des Internationalen Bundes aller Arbeiter. Abends 6 Uhr in der Schulaula des Grottenhagen, Reinholdenpark. 16-17, Weihnachtsfeier. Eine weitere Einladung ergibt sich nicht.

Bei Hautausschlag, Flechten, Balm- und Krampfadergeschwüren, Nämorrhoiden ist
San.-Rat Haussalbe seit 100 Jahren
ein bewährtes und schnellwirkendes Mittel. Original-Dose 4,50, 9.— und 17,40 M.
Elefant-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74 am Dönhofsplatz
Genf. Comp. 118

Die Anträge zum Parteitag in Leipzig

Beim Zentralkomitee gingen bis zum 18. Dezember die nachstehenden Anträge ein, die den Parteigenossen hiermit unterbreitet werden:

Zur Tagesordnung

1) **Zwickau:** Die Monatsversammlung der Ortsgruppe Zwickau der U. S. P. D. beschließt: Auf die Tagesordnung des Parteitages ist ein Referat zu setzen über die Stellung der U. S. P. D. zu den Gewerkschaften.

Zum politischen Bericht der Zentrale

a) Einheitsfront im Tageskampf

2) **Halle:** Das Zentralkomitee der Partei ist gehalten (verpflichtet), bei allen politischen Fragen und Anlässen, die die Lebensinteressen des arbeitenden Volkes betreffen und daher gemeinsam in eine — parlamentarische und außerparlamentarische — Aktion der gesamten Arbeiterklasse einzuwirken, das Zustandekommen solcher Aktionen besonders auch dadurch zu fördern und zu beschleunigen, daß es bei jedem gebotenen Anlaß unverzüglich die Initiative ergreift, die übrigen Arbeiterparteien, den ADGB und die UFA zu gemeinsamem Handeln zu veranlassen und die ganze politische und wirtschaftliche Stoßkraft des Proletariats in der geschlossenen Einheitsfront zusammenzufassen.

3) **Blauen:** Die Ortsgruppe Blauen der U. S. P. D. billigt die Forderung der Zentrale und der Reichstagsfraktion. Insbesondere begrüßt sie die Versuche, zur Lösung brennender Fragen die Einheitsfront des Proletariats unter Einschluß des ADGB und der UFA zur Erreichung bestimmter, nächstliegender Forderungen herzustellen. In dem sie ausdrücklich betont, daß die Partei sich nicht von ihrer grundsätzlichen Politik abbringen und nicht ins Schlepptau einer anderen Partei nehmen lassen darf, fordert sie die Parteileitung auf, nichts unversucht zu lassen, das Proletariat gegen Mäcker, kapitalistischen Steuerdruck und wirtschaftliche Knechtung auf dem Boden der grundsätzlichen Politik zusammenzufassen.

b) Koalitionspolitik

4) **Berlin-Brandenburg:** Der Parteitag wird ersucht, der Reichstagsfraktion und Parteileitung sein Vertrauen auszusprechen. Die Stellungnahme der Partei betreffs Koalitionsregierung, Wiederherstellung usw. entspricht der Auffassung des Parteitages. Der Parteitag bekennt sich erneut zur Diktatur des Proletariats und zum Klassenkampf als der einzigen Möglichkeit zur Befreiung der Arbeiterklasse. Daraus folgert, daß die bisherige Haltung der Frage der Regierungsbildung und Steuererhebung beibehalten werden muß. Die U. S. P. kann nur dann zeitweise eine Regierung unterstützen, wenn dadurch Schaden für die Arbeiterklasse abgewendet wird, und diese Regierung tatsächlich eintritt für

1. Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und Sicherung der auswärtigen Zahlungsverpflichtungen durch ausreichende Heranziehung des Beitrags, insbesondere auf dem Wege der Erhöhung der Goldwerte.

2. Wirksame Maßnahmen zum Schutze der Republik und zur Bekämpfung der monarchistischen Reaktion, namentlich grundlegende Justizreform durch Übertragung der Rechtsprechung in Strafsachen auf Geschworenengerichte; Wahl der Geschworenen durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nach dem Grundsatze der Verhältniswahl;

gesetzliche Maßnahmen, die die Entfernung von Beamten, im öffentlichen Dienst Angestellten und Angehörigen der Wehrmacht aus dem Staatsdienst ermöglichen, die monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in oder bei Ausübung ihres Amtes befehlen.

3. Fortführung der Sozialpolitik.

4. Sozialisierung des Bergbaues.

5. Eine auswärtige Politik der Verständigung und des Wiederaufbaues, aufrichtiges Streben, die Verpflichtungen des Völkerrechts zu erfüllen, Amorgeneration der Betretung der Republik im Ausland im Sinne einer Annäherung an das Proletariat aller Länder; alles zum Schutze der bedrohten Republik.

Sollte eine politische Situation eintreten, die Veränderung der Stellungnahme erfordern könnte, so muß durch den Parteivorstand eine in diesem Zweck gewählte Reichskonferenz einberufen werden. Der Beschluß dieser Konferenz ist bis zum nächsten Parteitag bindend.

6) **Jena:** Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands lehnt nach wie vor entsprechend dem Leipziger Aktionsprogramm jede Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien ab und betont erneut, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur im unverrückten proletarischen Klassenkampf geschehen kann.

7) **Stettin:** Die Vertrauensmänner- und Funktionärskonferenz der U. S. P. Groß-Stettin schließt sich dem Beschluß der Generalversammlung an, eine Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien grundsätzlich abzulehnen. Der Klassenkampfcharakter der Partei muß unter allen Umständen gewahrt bleiben. Deshalb fordern die Versammelten, diese Frage auf dem kommenden Parteitag grundsätzlich zu erörtern und dahin zu beantworten: Nicht Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien, sondern Klassenkampf gegen die bürgerlichen Parteien.

8) **Witten:** In Erkenntnis dessen, daß eine Regierungskoalition, an der sich neben bürgerlichen, sozialistischen Parteien beteiligen stets nur den Interessen der bestehenden Klassen nutzbar gemacht wird. In der Erkenntnis, daß eine solche Koalition den Reaktionsären einen willkommenen Deckmantel bietet, unter dem sie ihre dunklen Geschäfte betreiben können. In weiterer Erkenntnis, daß diese Koalition den sozialistischen Gedanken in den Augen der Arbeitermassen immer mehr kompromittiert, hält die U. S. P. D. an dem im Aktionsprogramm festgelegten Klassenkampfstandpunkt fest und lehnt jede Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien nach wie vor ab. Sie ist jedoch bereit, wenn die politische Situation es erfordert, in eine Regierung einzutreten, die sich außer auf die sozialistischen Parteien auch auf die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen stützt.

9) **Hann:** Daß die bisherige Taktik der Reichs- und Landtagsfraktion der U. S. P. in den Parlamenten beibehalten bleibt. Ferner fordern wir, daß unter keinen Umständen in eine Koalition mit bürgerlichen Parteien zu einer Regierungsbildung eingegangen wird, da in einer solchen Regierung nur die Interessen der bestehenden Klassen vertreten werden. Ferner fordern wir, daß an den im Aktionsprogramm der U. S. P. festgelegten Klassenkampfstandpunkt und den Beschlüssen von Halle festgehalten wird.

10) **Emden und Oldenburg:** Die Beteiligung der U. S. P. D. an einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien ist grundsätzlich abzulehnen.

11) **Insterburg:** Unter keinen Umständen in eine Koalitionsregierung einzutreten und in der Opposition zu verharren, solange bürgerliche Parteien in der Regierung vertreten sind.

12) **Niederschlesien:** Der Bezirksparteitag fordert vom Reichsparteitag in Leipzig: Ablehnung des Eintritts in eine Regierung mit bürgerlichen. Der Regierungsbildung mit sozialistischen Parteien oder einer Arbeiterregierung kann er zustimmen.

13) **Gelsenkirchen:** Der Parteitag wolle durch besonderen Beschluß jedes Zusammengehören der U. S. P. D. mit bürgerlichen Parteien als für die Erringung der politischen Macht durch das Proletariat schädlich ablehnen. Besonders wolle der Parteitag beschließen, jede Möglichkeit der Bildung einer rein sozialistischen Regierung zu fördern.

14) **Hann:** Entsprechend dem Leipziger Aktionsprogramm und dem Manifest von Halle lehnt der Parteitag jede Koalition mit bürgerlichen Parteien ab. Im Falle der Möglichkeit der Bildung einer sozialistischen Regierung sind kompromittierte Führer auszuschließen.

15) **Tuttlingen:** Gemäß dem Leipziger Aktionsprogramm sowie des Manifestes von Halle, bekämpft die U. S. P. D. nach wie vor jede Koalition mit bürgerlichen Parteien. Sie bekämpft sich wie bisher, so auch in Zukunft zum entschiedenen Klassenkampf und verlangt von den Parteileitungen eine zielfähige im obigen Sinne liegende Schreibweise.

16) **Emden, Ostfriesland:** Der Parteitag wolle zur Koalition der U. S. P. D. mit der Deutschen Volkspartei Stellung nehmen und klar zum Ausdruck bringen, welchen Weg das Proletariat an der Ablehnung einer solchen Koalition zu gehen hat und gehen muß.

17) **Kreisverein Meinen-Niela-Großhain:** Auf Grund der Vorkommnisse in Götting sind alle etwaigen Arbeitsgemeinschaften zu lösen.

c) Einigungsfrage

18) **Bezirksverband Berlin-Brandenburg:** Der Parteitag erkennt die idealen Beweggründe an, die in den Bestrebungen liegen, die politischen Parteien des Proletariats zu einigen. Auch die praktische Bedeutung einer geeinigten proletarischen Partei ist außerordentlich groß, da den Gegnern der Arbeiterinteressen die geschlossene Front der Klassenbewußten Arbeiterschaft gegenüberstehen kann. Um aber Erfolge in einem solchen Kampf zu erzielen, bleibt die äußere Form der Einheit wirkungslos, wenn über die grundsätzliche und tatsächliche Gegensätze vorhanden sind. Ja, es steht zu befürchten, daß eine in bester Absicht vorzeitig zusammengewinkelte Partei dadurch vollkommen aktionslos wird, daß die inneren Gegensätze bei jener neuen politischen Frage in Erscheinung treten und zu heftigen inneren Kämpfen führen. Bevor daher zwischen den zur Zeit bestehenden drei sozialistischen Parteien eine Einigung herbeigeführt werden darf, muß ein klares Bekenntnis ihrer Anhänger vorliegen, daß sie sich nur als Vertretung der arbeitenden Bevölkerung ansehen, deren Interessen den Interessen der bürgerlichen Schichten gegenüberstehen. Zwischen diesen Interessen kann es kein Ueberbrücken und kein Ausweichen geben, deshalb muß die Partei, die zur Einheit mit der U. S. P. D. als Ziel angesehen werden will, erklären, daß für sie eine Koalition mit den Vertretern der bürgerlichen Schichten ausgeschlossen ist. Ebenso muß die Einigung die Voraussetzung haben, daß die höchste Gewalt der Partei in den Händen der Mitglieder selbst liegt. Nur durch tätiges Mitraten und Mitdenken jedes einzelnen Mitgliedes, nur durch die Unantastbarkeit des Rechtes der Selbstbestimmung kann eine proletarische Partei die gesunden Voraussetzungen für heftige Kämpfe entfalten.

19) **Witten:** Die Eibinger Genossen sprechen dem Zentralkomitee ihr Vertrauen aus und wünschen, daß der Parteitag das gleiche tut. Sie erwarten, daß das Zentralkomitee auch in Zukunft die Vereinigung aller sozialistischen Parteien zu einer Partei fördern. Vereinigungen mit einer oder der anderen Richtung dürfen nur auf prinzipieller Grundlage, nicht auf taktischen Erwägungen, erfolgen. Es ist dabei gleichgültig, ob es sich um Sozialisten oder Kommunisten handelt. Diese Wahrung der Selbständigkeit der U. S. P. soll natürlich nicht ausschließen, zu beiden Richtungen ein kameradschaftliches Verhältnis anzubahnen und Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Form auszuräumen. Eine Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien ist abzulehnen.

20) **Kiel:** Alle Einigungsbestrebungen, die sich nicht auf der Grundlage des Leipziger Aktionsprogramms bewegen, sind strikte abzulehnen. Die Zentrale wird verpflichtet, bei dem Einsetzen derartiger Bestrebungen sofort durch Wort und Schrift klare Richtlinien herauszugeben, damit evtl. Verwirrungen vermieden werden.

21) **Insterburg:** Mehr denn je ist mit der Frage der Einigung zu beschäftigen, um dem langersehnten Ziel der Arbeitermassen gerecht zu werden.

Zum Organisations- und Kassenbericht

a) Beiträge und Presse

22) **Zentralkomitee:** Nach evtl. Annahme des neuen Organisationsstatuts muß der Parteitag die Höhe der Beiträge an den Beiträgen für die Zentrale bestimmen. Dazu beantragt das Zentralkomitee: Vom 1. April 1922 an sind an das Zentralkomitee 20 Prozent der im Bezirk erhobenen Beiträge abzuführen.

23) **Söppingen:** Der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder beträgt 2.— M., für weibliche Mitglieder 1.— M.

24) **Wolgast:** Der Beitrag wird kassenweise nach den Verhältnissen der Groß-, Mittel- und Kleinstädte festgelegt.

25) **Zeitz:** Die Beiträge sind wie folgt zu regeln: Der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder soll 1.— M., für weibliche Mitglieder 50 Pfg. betragen.

26) **Oldenburg:** Der Parteitag wolle eine Kommission einsehen, die die Frage der obligatorischen Lieferung der Parteipresse an sämtliche Mitglieder bei entsprechender Erhöhung der Beiträge prüft und geeignete Vorschläge hierfür nach dem jetzt tagenden Parteitag zur Beschlußfassung unterbreitet.

27) **Zeitz:** Angehts der Kollage der Presse beschließt der Parteitag die Schaffung eines Pressefonds durch Sammelheften oder einer Pressekarte. Die Verwaltung liegt in den Händen des Zentralkomitees.

28) **Niederschlesien:** Die Parteimitglieder sind verpflichtet, pro Quartal einen Extrabeitrag in Höhe von einer Mark zu leisten. Die Interbezirke führen diesen Beitrag reiflos an den Bezirk und dieser an die Zentrale ab. Die Zentrale bildet einen Fonds. Der Fonds steht schwachen Bezirken zur Verfügung. Die betreffenden Bezirke sind verpflichtet, unverzüglich bedarfete Kräfte anzustellen.

29) **Waltz:** Der Parteitag wolle beschließen, daß die Presse der U. S. P. D. den Bruderparteien gegenüber eine mildere Haltung einnehme, die reaktionären Parteien aber mit den ihnen gebührendem Maße, mit Wahrheit und Sachlichkeit von Parteigenossen zu befechten.

b) Allgemeine Agitation

30) **Gelsenkirchen:** Der Parteitag wolle sein besonderes Augenmerk auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet als das wirtschaftliche Herz Deutschlands richten. Darum wolle der Parteitag das Zentralkomitee der Partei beauftragen, den jeweiligen organisatorischen und agitatorischen Notwendigkeiten dieses Gebietes besonders entgegenzukommen.

31) **Insterburg:** Schärfsten Kampf der bestehenden Klassenjustiz.

c) Bildungsbestrebungen

32) **Bezirk-W:** Bei dem Bedarfe an haupt- und nebenamtlichen Funktionären, Sekretären, Redakteuren und politischen Leitern der Ortsgruppen zeigt sich in immer größerem Maße ein Mangel an gründlich durchgebildeten Nachwuchskräften. Das Heranbilden eines entsprechenden Nachwuchses ist aber für die weitere Entwicklung der Partei wie der Arbeiterbewegung überhaupt, von so ausschlaggebender Bedeutung, daß die Lösung der Frage nicht den einzelnen Ortsgruppen überlassen bleiben kann, sondern von der Gesamtpartei zentral angeleitet werden muß. Daher beauftragt der Parteitag das Zentralkomitee der Partei, der Frage der Bildungsarbeit eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, als das bisher möglich war. Was im einzelnen an praktischen Maßnahmen zu treffen ist, erläßt natürlich keine Begrenzung durch die Finanzkraft der Partei. Trotzdem muß die Bildungsarbeit ganz energisch und in möglichst großem Umfange in Angriff genommen werden, wenn nicht der empfindlichste Mangel an geschulten Kräften politische Nachteile für die Partei und für die Arbeiterbewegung bringen soll. Es wäre zu prüfen, ob es finanziell möglich ist, in Form oder in einem anderen Orte, wo die nötigen Kräfte vorhanden sind, eine Parteischule wieder zu errichten. Sollte das nicht möglich sein, so ist zumindest zu prüfen, ob nicht durch Zusammenfassung von mehrwöchigen Arbeitsgemeinschaften für Sekretäre und Redakteure entscheidende Anregungen für das Selbststudium dieser Funktionäre und die Wege dazu gegeben werden können. Bei der Bildungsarbeit muß aber vor allen Dingen der größte Wert darauf gelegt werden, die Schäden der autoritären Lehrmethode der Parteischule wieder auszugleichen, die mit ihrer einseitigen Ausbildung des mechanischen Gedächtnisses das kritische, logische und selbständige Denken unerschütterlich gelassen hat. Dieser Fehler

wird aber nicht behoben, wenn mit derselben autoritären Methode akademische Vorträge gehalten werden, weil dadurch nur jene gefährliche Halbgebildung entsteht, die mit der Kenntnis der Begriffe Geld, Ware, Mehrwert, Klassenkampf schon alle ökonomischen und geschichtlichen Entwicklungsmöglichkeiten überschauen zu können wähnt. Vielmehr läßt es sich unter Anspannung aller verfügbaren Kräfte ermöglichen, daß von der Partei durch die Herausgabe einer Zeitschrift für Bildungsarbeit nach dem vorbildlichen Muster der Arbeiterischen Genossen für die Bildungsarbeit Richtlinien gegeben werden, die in den Ortsgruppen eine entsprechende Bildungsarbeit nach richtigen Methoden gewährleisten. Es erfordert auch die geistige und technische Verfassung eines großen Teiles der Parteipresse, daß durch technische Anleitung das äußere Aussehen und die inhaltliche Gestaltung der Zeitungen verbessert und durch eine bessere Schulung der Redakteure die selbständige politische Stellungnahme zu entscheidenden Fragen angeregt wird. Es wird der Umstand anerkannt, daß die Bildungsarbeit eine Frage der finanziellen Leistungsfähigkeit ist. Es ist aber ebenjoch sicher, daß mit dem zunehmenden Einfluß der Arbeiterklasse auf die Befehung politischer Stellen im Reich, Staat und Kommune ein immer größerer Mangel geschulter Kräfte in der Arbeiterbewegung eintritt und daß es deshalb eine selbstverständliche Pflicht der Partei ist, dieser Erscheinung vorzubeugen, bevor sie die Arbeiterbewegung schädigende politische Nachteile bringt.

33) **Bären (bei Dorimund):** Für jeden Bezirk eine Parteischule zu errichten.

34) **Bremen:** Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, nichts unversucht zu lassen, um die Schulung der Arbeiterklasse über ökonomische und weltpolitische Fragen zu fördern. Die Möglichkeit der Errichtung einer Parteischule soll dabei geprüft werden.

35) **Sera:** Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, Mittel und Wege zu suchen, die ökonomisch-politische Schulung des Proletariats nachdrücklich und planmäßig zu fördern.

36) **Zeitz:** Der Parteitag wolle beschließen, durch Schaffung einer Zentrale das Lichtbild und den Film in den Dienst der Propaganda für die Partei zu stellen.

d) Jugendbewegung

37) **Zeitz:** Um die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder, als auch zur Propaganda für die Ziele der Soz. Proletarierjugend mehr wirken zu können, sind von der Partei mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

38) **Hagen:** Die U. S. P. veranstaltet auf Kosten der Partei baldigst einen Lehrkurs für Jugendfunktionäre.

39) **Berlin-Brandenburg:** Der Parteitag macht sich den Beschluß der Gewerkschaften betreffs Jugendklub als Mindestforderung zu eigen und ersucht, in den Parlamenten diese Jugendklubbestimmungen gesetzlich niederzulegen. Bei etwaigen Aktionen der Partei sind diese Jugendklubbestimmungen in den Bedingungen der Partei aufzunehmen.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion

40) **Berlin-Brandenburg:** Der Parteitag möge beschließen: Unsere Genossen in den gesetzgebenden Körperschaften sind verpflichtet, dahin zu wirken, daß der 1. Mai sowie der 8. November zu gesetzlichen Feiertagen gemacht werden.

41) **Zeitz:** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, dem Reichstag eine Vorlage zu unterbreiten, wonach der 1. Mai und 8. November als gesetzliche Feiertage erklärt werden.

42) **Grandoel bei Schwarzenberg:** Der Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, dahin zu wirken, daß der Ertrag der Reichseinkommensteuer zwischen Reich, Einzelne, Staat und Gemeinde andererseits, so zur Verteilung kommt, daß die Kollage der Gemeinde wenigstens zum Teil behoben werden kann.

43) **Gelsenkirchen:** Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion folgende Forderungen einzutreten: 1. Jede staatliche wie kommunale Unterstützung privater Fürsorge-Wohlfahrtsvereine oder Anstalten ist reichsweitlich zu verbieten. 2. Die gesamten, im öffentlichen Fürsorge-Wohlfahrtswesen tätigen Beamten und Beamtinnen werden kostenlos in staatlichen Schulanstalten vor- und ausgebildet. Als Aufnahmebedingung genügt neben der persönlichen Eignung Volksschulbildung. 3. Das gesamte Fürsorge-Wohlfahrtswesen ist reichsweitlich zu regeln, besonders ist auf baldige Verabschiedung eines Reichs-Armen- bzw. Wohlfahrts-gesetzes hinzuwirken. Weiter wolle der Parteitag beschließen: Zur besseren Überwindung des dilettantischen privaten Fürsorgewesens, ferner zur besseren Durchbildung und zur Schulung des Nachwuchses unserer, im öffentlichen Fürsorgewesen tätigen Genossen und Genossinnen, wird die Schaffung einer Reichsfürsorge-Zentrale U. S. P. D. in die Wege geleitet.

44) **Witten:** Die Reichstagsfraktion hat bei der Beratung des Etats zum Alters- und Invaliditätsgesetz einen Antrag einzubringen, nach dem die Altersgrenze von 65 Jahre auf 60 Jahre reduziert wird.

45) **Dortmund:** Der Parteitag verlangt angehts der drückenden Lebensmittelpolitik und der dadurch hervorgerufenen Unterernährung der Massen ein Verbot jeglicher Verwendung notwendiger Lebensmittel (wie Getreide, Kartoffeln, Obst, Zucker) zur Herstellung alkoholischer Getränke. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit aller Kraft auf dieses Verbot hinzuwirken. Parteitag fordert die Reaktionen und Organisationen auf, in stärkerem Maße als bisher Aufklärung über die jetzt wieder wachsende Alkoholgefahr zu verbreiten.

46) **Berlin-Brandenburg:** Der Parteitag verlangt angehts der drückenden Lebensmittelpolitik und der dadurch hervorgerufenen Unterernährung der Massen ein Verbot jeglicher Verwendung notwendiger Lebensmittel (wie Getreide, Kartoffeln, Obst, Zucker) zur Herstellung alkoholischer Getränke. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit aller Kraft auf dieses Verbot hinzuwirken.

47) **Insterburg:** Anträgen im Reichs- sowie im Landtage nur dann zuzustimmen, wenn es sich um Besserstellung des Proletariats handelt.

Zum Bericht der Programmkommission

48) **Gelsenkirchen:** Der Parteitag wolle im neuen Programm der Partei, welches sich unbedingt an den grundsätzlichen Teil des Ersteren Programms anlehnen hat, besonders die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in Bezug auf das Finanzwesen berücksichtigen.

49) **Stuttgart:** Der Parteitag möge beschließen, daß die bei der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien aufgestellten Leitsätze über „Imperialismus und soziale Revolution“, über „Methoden und Organisation des Klassenkampfes“ zur Grundlage einer genaueren Formulierung der leitenden Begriffe des Aktionsprogramms (Diktatur des Proletariats) gemacht werde.

50) **Insterburg:** Das Leipziger Aktionsprogramm beizubehalten.

51) **Niederschlesien (Bezirksparteitag):** Der Parteitag muß ein Bekenntnis ablegen zum Leipziger Aktionsprogramm und zu den Beschlüssen von Halle.

52) **Gelsenkirchen:** Der Parteitag wolle im neuen Programm den Standpunkt der U. S. P. D. zur Rätefrage klar präzisieren. Besonders wolle der Parteitag im Programm festlegen, daß die Beteiligung der U. S. P. D. an Parlamentenwahlen und die Tätigkeit der Parteimitglieder in den Parlamenten vornehmlich dem Zweck dient, die Erringung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse zu beschleunigen.

52a) **Witten:** Die Mitgliederversammlung der U. S. P. Eibings erklärt zu dem Agrarprogramm-Entwürfen der Genossen Marchionni und Grunow: Beide Programmentwürfe sind insofern gut, als sie die Aufstellung des Großgrundbesitzes ablehnen. Beide Entwürfe aber sind mangelhaft, weil sie nicht sagen, ob die Sozialisierung des Großgrundbesitzes gegen eine Entschädigung oder ohne Entschädigung erfolgen soll und an der Frage der Güterbesitze und der neuen Kreisverteilung ganz vorbeigehen, sowie die Verwaltung des

